Nr. 220. 31. Jahrg.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 250 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 14. August 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Russisch-Polen als Kriegsschauplatz.

Wie eine vorgeschobene Bastion des Zarenreichs ragt Russisch-Polen nach Westeuropa herein, und in dem jetzigen Weltenbrand können sich auf diesem blutgetränkten Stückchen Erde entscheidende Dinge vollziehen. Wir halten es daher für notwendig, daß die Leser ungefähr über die Dinge auf diesem Kriegsschauplatze informiert werden.

Für kriegerische Operationen ist selbstverständlich der geographische Charakter des Landes von ausschlaggebender Bedeutung. Russisch-Polen ist nun bekanntlich ein Teil der polnischen Ebene, hat die gleiche physische Beschaffenheit wie die preußischen Bestandteile des einstigen polnischen Staates, die Provinzen Posen und Westpreußen. Nur im südlichen Teile ist das Land hügelig, es ziehen sich hier die nördlichen Ausläufer der Karpathen hin.

In einem solchen Flachlande sind die Flußläufe von strategischer Bedeutung. Von den Flüssen Russisch-Polens gehört nur die Warthe, die im südwestlichen Teile des Landes entspringt, zum System der Oder, die übrigen zum System der Weichsel. Diese bildet erst die Südgrenze gegen Galizien, von Sawischost durchzieht sie im großen Bogen das Land und 15 Kilometer vor Thorn tritt sie in preußisches Gebiet. Auf dieser ganzen Strecke ist der Strom schiffbar und hat erhebliche Breite. Von den Nebenflüssen sind die westlichen (Pilitza und Bzura) nicht von Bedeutung. Dagegen ist der Bug, der im südlichen Teile mit der Weichsel fast parallel fließt und oberhalb Warschaus in die Narew mündet, ein nicht unbedeutender Fluß.

Bei einem Kriege zwischen Deutschland und Rußland wäre die Weichsel die gegebene Verteidigungsgrenze für die russischen Truppen: ein von Westen eindringendes Heer muß eben die Weichsel überschreiten, um ins Innere Rußlands zu dringen. Aber diese Verteidigungslinie wird illusorisch, sobald die österreichischen Truppen von Mittelgalizien aus einen Vorstoß nordwärts machen auf dem rechten Ufer der Weichsel, in dem Gebiete zwischen Weichsel und Bug, das eine Breite von annähernd 100 Kilometern hat. Aber im nördlichen Teil des Landes gibt es eine Position, die für eine Verteidigungsstellung der russischen Truppen von der Natur geschaffen ist. Es ist das Gebiet nördlich Warschaus, wo der Bug in die Narew mündet und diese in die Weichsel. Das Dreieck zwischen Narew und Bug ist von diesen Flüssen flankiert und bleibt nur nach Nordosten offen, also in der Richtung nach dem Innern Rußlands.

Diesen geographisch gegebenen Bedingungen entsprechend sind russische Festungen angelegt. Der westliche Teil des Landes bis zur Weichsel weist überhaupt keine Festungen auf. An der Weichsel, auf halbem Wege zwischen der österreichischen Grenze und Warschau liegt die Festung Iwangorod und am Bug die Festung Brest Litowsk. Ferner ist Warschau befestigt und dann kommen die Festungen, die das erwähnte Dreieck schützen sollen: an der Mündung der Narew in die Weichsel liegt die Festung Modlin (russisch Nowogeorgjewsk genannt), an der Mündung des Bug in die Narew die Festung Serok (ließ: Serotzk), ferner an der Narew Pultusk und Lomscha. — Wie es heißt, sind die Forts, die Warschau umgeben, zum größten Teil geschleift. Das ist verständlich, denn die Stadt hat heute bereits eine Million Einwohner und ist im Falle einer Belagerung nicht zu halten, zumal die Russen sicher sein müssen, daß diese Bevölkerung mit jedem Feinde Rußlands sympathisiert. In welchem Zustande die übrigen Festungen sein mögen? Die grenzenlosen Diebereien der russischen Generale legen eine Beantwortung dieser Frage sehr nahe.

Jedenfalls dürfte es zu ernsten Kämpfen im Westen Russisch-Polens kaum kommen, sondern, wenn die russischen Truppen überhaupt ernstlichen Widerstand leisten, so erst in jenem Weichsel-Narew-Bug-Dreieck.

Von größter Bedeutung sind natürlich die Verkehrswege. Ein Blick auf die Karte lehrt: das Eisenbahnnetz Preußens endet engmaschig an der russischen Grenze, auch das österreichische Netz sendet zahlreiche Stränge an die Grenze, dagegen sind in Russisch-Polen die Eisenbahnlinien spärlich. Trotz des dringenden Bedürfnisses des Landes hat eben die russische Regierung beharrlich die Erlaubnis zum Bau von Bahnen verboten. Kennzeichnend ist auch, daß feste Brücken nur bei Warschau und Iwangorod über die Weichsel führen, andere Städte an diesem Flusse müssen sich mit Pontonbrücken oder gar mit Fähren begnügen. Und nicht nur der Bau von Bahnen, selbst der von Kunststraßen wurde von der russischen Regierung vielfach gehindert.

Wälder sind in Russisch-Polen nicht besonders zahlreich: etwa ein Fünftel der Gesamtfläche ist mit Wald bedeckt, wobei aber der westliche Teil ziemlich entwaldet ist, der südöstliche noch ansehnliche Waldgebiete hat. Sümpfe von erheblicher Ausdehnung befinden sich in verschiedenen Teilen des Landes.

Es ist uns unerfindlich, wie in den deutschen Grenzgebieten, in Oberschlesien, der Provinz Posen und in Westpreußen eine kopflose Russenangst sich bemerkbar machen konnte. Die Grenzbevölkerung sollte doch am ehesten wissen, daß ein Eindringen russischer Truppen von Russisch-Polen aus absolut ausgeschlossen ist. Ein paar Kosaken könnten hier und da über die Grenze reiten, ehe die preußischen Truppen sich in Bewegung setzten, aber von ernstlichen Operationen diesseits der Grenze konnte und kann in Zukunft nicht die Rede sein. Andererseits wäre es aber auch töricht, wenn das Publikum große Waffentaten schon in der nächsten Zeit auf diesem Kriegsschauplatz erwartet. Die russischen Truppen dürften kaum irgendwo westlich der Weichsel standhalten, sie dürften es vielmehr sehr eilig haben, das ganze Gebiet zu räumen. Nicht der Feind dürfte den einrückenden deutschen und österreichischen Truppen zu schaffen machen, sondern es wird darauf ankommen, die spärlichen Eisenbahnlinien, die von den Grenzen ins Innere führen und die wohl die abziehenden Russen zu zerstören suchen, wieder herzustellen, Feldbahnen zu bauen und überhaupt den Nachschub für die vorgehenden Truppen zu sichern. Das ist um so wesentlicher, als Russisch-Polen in diesem Jahre eine schlechte Ernte hat. Gerade angesichts der schwierigen Verkehrsverhältnisse dürften die deutschen und österreichischen Truppen im hohen Grade auf den guten Willen der polnischen Bevölkerung angewiesen sein. Russenfreundlich sind im Lande höchstens ein paar Dutzend Fabrikanten, und zwar haben bisher den ekelhaftesten Zarenkultus getrieben — die deutschen Fabrikanten in Lodz und anderen Städten! Wird die Bevölkerung gut behandelt, so wird sie ganz sicher den einmarschierenden Armeen in allem entgegenkommen.

# Die Kriegsereignisse.

Von den Kriegsschauplätzen lagen bis gestern abend 11 Uhr Nachrichten von Belang nicht vor. Damit ist nicht gesagt, daß dort keine Aktionen erfolgt sein können. Im Gegenteil, jetzt, nachdem der strategische Aufmarsch allmählich erfolgt sein dürfte, werden sich die ersten großen Operationen vorbereiten. Ueber das Wie und Wo kann heute natürlich nichts gesagt werden. Jedenfalls darf man annehmen, daß in der nächsten Zeit auf dem westlichen Kriegsschauplatze hüben wie drüben gewaltige Heeresmassen miteinander ringen werden. Heeresmassen, die weit besser bewaffnet und weit zahlreicher sind als die Armeen, die vor 44 Jahren in jenen Gegenden gegeneinander fochten.

An der Ostgrenze hat die deutsche Grenzschutzlinie alle Vorstöße der russischen Grenztruppen zurückgewiesen und ist an einzelnen Punkten auf russisches Gebiet vorgeschoben worden. Im allgemeinen dürften die Russen kaum an einen großangelegten Vorstoß auf deutsches Gebiet denken. Die hauptsächlich aus Kavallerie bestehenden russischen Grenztruppen dürften die Aufgabe haben, den deutschen Grenzschutz zu belästigen und die Zusammenziehung ihrer Hauptstreitkräfte zu verschleiern.

## Vom westlichen Kriegsschauplatz.

### Ein Reitergefecht.

**München**, 13. August. (W. T. B.) In einem der letzten Gefechte hat Prinz Heinrich von Bayern mit seiner Eskadron eine Abteilung französischer Dragoner attackiert und vernichtet.

## Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatze.

### Vordringen der Oesterreicher in Russisch-Polen.

**Wien**, 12. August. (W. T. B.) **Vom nördlichen Kriegsschauplatz wird gemeldet: Die österreichisch-ungarischen Truppen sind in Russisch-Polen weiter vorgerückt. Ungefähr 700 russische Deserteure wurden nach Linz, Salzburg und Innsbruck eingebracht. Bezeichnend für den Geist der österreichisch-ungarischen Truppen ist die Tatsache, daß ein in Gefangenschaft geratener Husar am nächsten Tage auf einem Kosakenpferde zu seiner Abteilung einrückte.**

## Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

### Oesterreichisches Dementi serbischer Erfolge.

**Wien**, 12. August. (W. T. B.) (Meldung des Wiener K. K. Tel. Korresp.-Bureaus.) Das serbische Pressebureau fährt fort, Lügen über die Vorgänge auf dem südlichen Kriegsschauplatz zu verbreiten, die dadurch den Eindruck der größeren Wahrscheinlichkeit machen sollen, daß angebliche, mit Erfolgen der Serben endende Zusammenstöße unter Angabe des Datums und der Orte mitgeteilt werden. Diese Meldungen sind deshalb nicht weniger erfunden. So ist es unrichtig, daß eine Gruppe von zweihundert Muselmanen und österreichisch-ungarischen Soldaten von den Serben zerstreut worden ist, daß der Angriff auf das Blockhaus von Ploca zurückgewiesen wurde, bei Gujuklitscha Oesterreicher durch mörderisches serbisches Gewehrfeuer am Ueberschreiten der Drina gehindert wurden. Die neuerliche Feststellung, daß sich kein Fuß breit und kein Punkt des österreichisch-ungarischen Territoriums im Besitze der Serben befindet, widerlegt genügend die Behauptung des Pressebureaus, wonach eine Reihe von Ortschaften an der bosnisch-herzegowinischen Grenze, welche willkürlich mit Namen angeführt werden, von den Serben besetzt wären. Diese Art der Berichterstattung, welche aus dem Balkankriege bekannt ist, vermag niemanden über die Wahrheit hinweg zu täuschen. Die Behauptungen des serbischen Pressebureaus jedoch, daß österreichisch-ungarische Soldaten ihre Ausrüstung und Munition weggeworfen hätten und geflohen wären, ist eine so unerhörte Verleumdung, die allerdings den in der ganzen Welt bekannten Ruf der Disziplin und des Mutes der österreichisch-ungarischen Armee nicht beflecken kann.

## Der Seekrieg.

### Deutsche Minen an englischen Küsten.

**Berlin**, 13. August. (W. T. B.) **Gegenüber anders lautenden englischen Nachrichten des Foreign Office sind wir von maßgebender Stelle ermächtigt zu erklären, daß keineswegs in der Nordsee deutsche Kontaktminen gelegt sind, die den neutralen Handel gefährden, sondern einzig und allein in unmittelbarer Nähe der englischen Küsten.**

### England gegen Oesterreich.

**London, den 13. August. (W. T. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus). Die Admiralität hat Befehl erteilt, die Feindseligkeiten gegen Oesterreich-Ungarn zu beginnen.**

### Ein von den Russen genommenes holländisches Schiff.

**Amsterdam**, 13. August. (W. T. B.) Das „Allgemeen Handelsblad" meldet aus Rotterdam:

Der niederländische Dampfer „Alcor" ist nicht, wie anfänglich angenommen wurde, infolge eines Unglücks, sondern wie sich jetzt herausstellt, von der russischen Flotte in der Ostsee zum Sinken gebracht worden. Die Mutmaßung ist gerechtfertigt, daß die Russen das Schiff zu irgend einem Zweck brauchten und es also einfach wegnahmen, um es, nachdem die Mannschaft in Sicherheit gebracht worden war, sinken zu lassen.

## Der Krieg und die Kolonien.

### Fürsorge für die Angehörigen von Kolonialbeamten.

**Berlin**, 13. August. (W. T. B.) Seit der Schiffsverkehr mit den deutschen Kolonien gestört ist, werden manche hier in Deutschland lebende Angehörige von Kolonialbeamten und sonstigen Angestellten der kaiserlichen Gouvernements in Afrika und in der Südsee in Sorge sein, woher sie jetzt die Mittel zum Leben nehmen sollen, die ihnen sonst regelmäßig durch Bankhäuser oder durch die Post nach Anweisung aus den Kolonien zugegangen sind. Diese Sorgen werden nunmehr dadurch behoben, daß der Staatssekretär Dr. Solf soeben Bestimmungen zur Hilfeleistung getroffen hat. Wie wir hören, wird danach solchen in Not befindlichen Antragstellern ein Teil der Gebührnisse ihrer bei den Gouvernements angestellten Männer, Söhne, Brüder usw. während des Krieges in jedem Monat durch die Kolonialhauptkasse oder durch deren Vermittelung ausgezahlt werden, wenn sie nachweisen können, daß ihnen Geldbeträge zu ihrem Lebensunterhalt in regelmäßigen Zeitabschnitten aus den Kolonien überwiesen worden sind.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Zur Auskunft über Gefallene, Verwundete usw.

**Berlin**, 13. August. (W. T. B.) **Ueber die Verluste in den Kämpfen um Lüttich sind bei dem Zentralnachweisebureau des Kriegsministeriums, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48, bereits sehr viele Anfragen eingegangen. Ihre Beantwortung wird, wie wir hören, leider erst nach einigen Tagen möglich sein, da die Berichte der Truppen noch nicht eingetroffen sind.**

**Im allgemeinen Interesse ist es wünschenswert, daß die Anfragen recht kurz gehalten werden, denn Ihre Durchsicht erfordert sonst soviel Zeit, daß die Auskunft erheblich verzögert wird. Die vorgeschriebenen, bei der Post erhältlichen Doppelkarten werden zuerst beantwortet. Sie sind also das beste Mittel, schnell die gewünschte Auskunft zu erhalten.**

**Der Gesamtheit wird es ferner zugute kommen, wenn Anfragen auf solche Fälle beschränkt werden, wo die Vermutung wirklich begründet ist, daß der Familienangehörige, um den es sich handelt, auch in der Tat an einem Gefecht teilgenommen hat.**

Es versteht sich von selbst, daß das Zentralnachweisebureau, sobald es Nachrichten hat, mit unbedingter Offenheit Auskunft erteilt und nichts verheimlicht.

## Vorsicht bei Sammlungen für das Rote Kreuz

**Berlin, 13. August.** (W. T. B.) Die Sammlungen für das Rote Kreuz, die in diesen Tagen ihren Anfang genommen haben, werden von Schwindlern benutzt, um sich zu bereichern. Die Kriminalpolizei hat bereits mehrere dieser Burschen dingfest gemacht und weist wiederholt das Publikum darauf hin, daß zu diesen Sammlungen nur Personen berechtigt sind, welche im Besitz der amtlichen Sammelbüchsen und von Legitimationskarten sind, die vom Polizeipräsidium Berlin oder einem der Vorortpräsidien abgestempelt sind.

## Kriegserklärung Englands an Oesterreich.

**Wien, 13. August.** (W. T. B.) **Heute mittag um ½1 Uhr erschien der englische Botschafter im Ministerium des Aeußeren und erklärte, daß sich England von gestern (Mittwoch) 12 Uhr mitternachts an, als mit Oesterreich-Ungarn im Kriegszustand befindlich betrachte. Gleichzeitig forderte der Botschafter seine Pässe.**

## Besteuerung der Extraausgaben in Wien.

**Wien, 13. August.** (W. T. B.) Die amtliche „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, durch welche die Regierung ermächtigt wird, den Straßenverkauf von Sonderausgaben der Zeitungen an besondere Bedingungen zu knüpfen. Um für Zwecke der Kriegsfürsorge neue Mittel zu beschaffen, wird von jedem Exemplar einer solchen Sonderausgabe eine Abgabe von zwei Hellern erhoben werden.

## Ein Mord in der deutschen Botschaft in Petersburg.

Bereits vor einigen Tagen wurde gemeldet, der Mob habe das Haus der deutschen Botschaft in Petersburg demoliert. Jetzt bringt der „Berl. Lokal-Anz." die Meldung, daß Hofrat Alfred Kattner, der seit über 30 Jahren im deutschen konsularischen und diplomatischen Dienst in Rußland tätig ist, und der bei der kürzlich erfolgten Abreise des Grafen Pourtalès und des übrigen Personals unserer Botschaft in Petersburg zurückgelassen worden war, ein Opfer des verhetzten Volkes geworden ist. Die Volksmasse sei ungehindert in das im Zentrum Petersburgs gelegene Botschaftsgebäude eingedrungen, habe zuerst den greisen deutschen Beamten niedergemacht, die Räume geplündert und sodann das Palais in Brand gesteckt. Als Polizei und Feuerwehr heranrückten, sei das Entsetzliche bereits geschehen gewesen.

## Ein neuer italienischer Marineminister.

Nach einer Meldung aus Rom hat der Marineminister Millo wegen Erkrankung sein Amt niedergelegt. Als sein Nachfolger wurde Vizeadmiral Leone Viale ernannt.

# Depeschenwechsel zwischen dem Zaren und dem König von England.

Das „Amsterdamer Handelsblatt" gibt nach der „Times" den Text zweier Telegramme wieder, die zwischen dem König von England und dem Zaren vor dem Kriegsausbruch gewechselt worden sind.

### Das Telegramm des Königs Georg.

Am 1. August übergab der englische Gesandte in Petersburg dem Zaren einen persönlichen Brief König Georgs V. mit folgendem Inhalt:

Meine Regierung hat von der deutschen Regierung folgende Mitteilung empfangen:

Am 29. Juli bat der Zar telegraphisch den deutschen Kaiser, zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland zu vermitteln. Der Kaiser folgte dem sofort und tat Schritte in Wien. Ohne die Ergebnisse hiervon abzuwarten, mobilisierte Rußland gegen Oesterreich. Der Kaiser benachrichtigte den Zaren telegraphisch, daß diese Haltung seine Anstrengungen zunichte mache. Der Kaiser bat ihn außerdem, jedes militärische Vorgehen gegen Oesterreich-Ungarn zu unterlassen. Der Zar erfüllte die Bitte nicht. Trotzdem setzte der Kaiser seine Unterhandlungen in Wien fort, wobei er so weit ging, als ihm möglich war, gegenüber seinem Verbündeten zu gehen, und sich auf der Linie hielt, die von England angezeigt war. Während dieser Zeit ordnete Petersburg die allgemeine Mobilmachung des Heeres und der Flotte an. Oesterreich-Ungarn antwortete daher nichts mehr auf die Schritte des deutschen Kaisers. Diese Mobilmachung war offenkundig gegen die Deutschen gerichtet. Daher sandte der Kaiser ein Ultimatum an Rußland. Er fragte auf der anderen Seite bei Frankreich an, ob es im Falle eines Konflikts neutral bleiben würde.

Das ist also der Wortlaut der deutschen Erklärung. Ich glaube, fuhr der König von England fort, daß wir uns einem Mißverständnis gegenüber befinden. Mein heißester Wunsch ist, kein Mittel unversucht zu lassen, um die schreckliche Katastrophe zu vermeiden, welche die ganze Welt bedroht. Ich richte daher einen persönlichen Appell an Sie, dieses Mißverständnis zu zerstreuen, das nach meiner Ueberzeugung plötzlich eingetreten ist, und noch gestattet, die Friedensverhandlungen fortzusetzen. Wenn Sie glauben, daß es in meiner Macht steht, in diesem Sinne zu vermitteln, so werde ich alles in der Welt tun, um die Verhandlungen durch die beiden fraglichen Staaten wieder aufnehmen zu lassen.

### Die Antwort des Zaren.

Auf dieses Telegramm des Königs von England hat der Zar folgendermaßen geantwortet:

Ich hätte lebhaft gewünscht, Ihren Vorschlag anzunehmen, wenn ich nicht heute Mittag von dem deutschen Botschafter die Mitteilung der Kriegserklärung erhalten hätte. Seit der Uebergabe des österreichischen Ultimatums an Belgrad hat Rußland alles getan, um die Frage friedlich zu lösen, die von Oesterreich aufgeworfen ist. Das Ziel der Oesterreicher war, Serbien zu zermalmen und daraus einen Vasallenstaat zu machen, um das Gleichgewicht der Kräfte auf dem Balkan zu zerbrechen, das für mein Reich ein Lebensinteresse darstellt. Alle friedlichen Vorschläge, eingeschlossen die Ihrer Regierung, sind von Deutschland und Oesterreich zurückgewiesen worden. Die österreichisch-serbische Kriegserklärung hat mich gezwungen, einen Teil meines Heeres mobil zu machen. Obwohl schon in diesem Augenblick meine militärischen Ratgeber mich verpflichteten, die allgemeine Mobilmachung zu verkünden wegen der Schnelligkeit der deutschen Mobilmachung, verglichen mit der unsrigen. Ich bin dazu, das ist richtig, bald gezwungen worden durch die allgemeine Mobilmachung Oesterreichs, das Bombardement von Belgrad, die Zusammenziehung österreichischer Truppen in Galizien und geheime militärische Vorkehrungen, die von Deutschland unternommen wurden. Der Beweis, daß meine Haltung gerechtfertigt war, findet sich in der plötzlichen Kriegserklärung Deutschlands, die mich vollständig unerwartet getroffen hat, da ich Kaiser Wilhelm die kategorische Versicherung gegeben hatte, daß meine Truppen nicht in Tätigkeit treten würden, solange, wie die Verhandlungen nicht abgebrochen wären. In dieser feierlichen Stunde will ich Ihnen noch die Versicherung geben, daß ich alles getan habe, was in meiner Macht stand, um den Krieg zu vermeiden. Gegenwärtig, wo ich in ihn hineingestoßen bin, hoffe ich, daß Ihr Land nicht zögern wird, Frankreich und Rußland beizustehen. Gott segne und schütze uns.

Die „Kölnische Zeitung" bemerkt dazu, daß der Versuch, die Verantwortung auf Oesterreich und Deutschland abzuwälzen, vergeblich sei. Der Zar gestehe die allgemeine Mobilmachung ein, während er zugleich dem deutschen Kaiser die Versicherung gegeben habe, gegen ihn nichts unternehmen zu wollen. Dieses Gebaren unterliege dem Urteil der Geschichte.

Interessant ist auch die Darstellung des englischen Blaubuches.

Unter dem 29. Juli depeschiert der britische Botschafter Sir Edward Goschen über eine Unterredung, die er mit dem Reichskanzler hatte. Der Kanzler sagte: er fürchte, daß, wenn Oesterreich von Rußland angegriffen werde, ein europäischer Brand wegen Deutschlands Verpflichtungen als Oesterreichs Verbündeter unvermeidlich werde, obwohl er sich immer bemüht habe, den Frieden aufrechtzuerhalten. Er machte dann ein „starkes Anerbieten" für ein Neutralitätsabkommen. „Wenn England seine Neutralität zusichere, würde der britischen Regierung jede Sicherheit gegeben werden, daß die kaiserliche Regierung im Falle irgend eines etwa folgenden siegreichen Krieges keine territorialen Eroberungen auf Kosten Frankreichs anstreben werde. Auf die Frage des Botschafters in betreff der französischen Kolonien erklärte der Kanzler, in dieser Beziehung eine ähnliche Versicherung nicht geben zu können. In bezug auf Holland versicherte der Kanzler: die deutsche Regierung sei bereit, solange Deutschlands Gegner die Integrität und Neutralität der Niederlande respektierten, diese auch für ihren Teil zu garantieren. Von dem Vorgehen Frankreichs werde es abhängen, zu welchen Operationen Deutschland in Belgien gezwungen werde; aber sobald der Krieg vorüber sei, werde die belgische Integrität respektiert werden, wenn es sich nicht auf die Seite der Gegner Deutschlands stelle. Der Kanzler schloß damit; daß er versicherte, solange er Kanzler sei, sei es immer das Ziel seiner Politik gewesen, mit England zu einer Verständigung zu gelangen. Er sei überzeugt, daß diese Versicherungen die Grundlage der Verständigung abgeben könnten, die er so lebhaft wünsche. Er denke an ein allgemeines Neutralitätsabkommen zwischen Deutschland und England, obwohl es natürlich im gegenwärtigen Augenblick zu früh sei, auf Einzelheiten einzugehen; eine Versicherung der britischen Neutralität in dem gegenwärtigen Konflikt würde ihn in den Stand setzen, eine Verwirklichung seines Wunsches ins Auge zu fassen.

Die Antwort des englischen Staatssekretärs vom folgenden Tage war eine schroffe Ablehnung dieses Vorschlages. „Seiner Majestät Regierung könne nicht einen Augenblick sich mit dem Vorschlag befassen, unter solchen Bedingungen neutral zu bleiben." Als Grund führt der Staatssekretär an: England könne nicht beiseite stehen, wenn Frankreich seine Kolonien und seine Stellung als Großmacht verlieren und der deutschen Politik unterworfen werde. Aber ganz abgesehen hiervon würde es auch eine Schande für England sein, dieses Geschäft mit Deutschland auf Kosten Frankreichs zu machen, eine Schande, von der sich der gute Name Englands nie wieder erholen würde. Auch auf das Geschäft über Belgien könne England nicht eingehen. Es sei zwecklos, zu prüfen, ob die Aussicht auf ein späteres allgemeines Neutralitätsabkommen zwischen England und Deutschland positive Vorteile böte, die groß genug seien, um England dafür zu entschädigen, daß es sich jetzt die Hände binde. England müsse sich volle Freiheit vorbehalten, zu handeln, wie die Umstände es erfordern würden.

Der Botschafter solle dem Kanzler mit allem Ernst auseinandersetzen, daß der einzige Weg, die guten Beziehungen zwischen Deutschland und England aufrechtzuerhalten, sei, daß sie fortfahren sollten, zusammen für die Erhaltung des europäischen Friedens zu wirken. Gelinge das, so würden die gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und England, wie er glaube, ipso facto gebessert und gestärkt werden. Für diesen Zweck wolle Seiner Majestät Regierung mit aller Aufrichtigkeit und gutem Willen arbeiten.

Der Schluß der Depesche lautet: „Außerdem will ich folgendes erklären: Wenn der Friede Europas erhalten werden kann und die gegenwärtige Krise glücklich überstanden wird, so wird mein eigenes Bemühen sein, ein Uebereinkommen (arrangement) zustande zu bringen, dessen Teilnehmer Deutschland sein kann, durch das sichergestellt werden könnte, daß keine aggressive oder feindliche Politik gegen Deutschland oder seine Verbündeten von Frankreich, Rußland oder uns selbst, zusammen oder einzeln, verfolgt werden würde. Ich habe dies gewünscht und dafür gearbeitet während der letzten Balkankrise, und da Deutschland ein gleiches Ziel hatte, besserten sich unsere Beziehungen merkbar. Die Idee ist bisher zu utopisch gewesen, um den Gegenstand bestimmter Vorschläge zu bilden. Aber wenn diese gegenwärtige Krise, die so viel heftiger ist als irgend eine, durch die Europa seit Generationen hindurchgegangen ist, glücklich überstanden wird, bin ich voll Hoffnung, daß die Erleichterung und Rückwirkung, welche folgen werden, eine bestimmtere Annäherung zwischen den Mächten möglich machen wird, als bisher möglich gewesen ist."

Der Kanzler erklärte: er werde über den Vorschlag nachdenken, und in der Zwischenzeit teilte der deutsche Botschafter in London mit, daß auf Anregungen der deutschen Regierung neue Unterhandlungen zwischen Wien und Petersburg begonnen hätten. Grey ließ nach Petersburg seine Genugtuung hierüber depeschieren und sprach die ernstliche Erwartung aus, Herr Sasonow werde diese Unterhandlungen fördern. Am 31. Juli sandte Grey noch eine Depesche an Goschen, worin er ihn ersuchte, den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen darüber zu sondieren, ob es nicht möglich sei, daß die vier nicht interessierten Mächte (England, Deutschland, Italien, Frankreich) Oesterreich die Garantie der vollen Satisfaktion von Serbien gäben, wogegen sie der Petersburger Regierung eine Garantie dafür geben könnten, daß Oesterreich, wozu es sich ja bereit erklärt habe, die serbische Souveränität und Integrität nicht verletzen werde. Alle Mächte aber sollten ihre Rüstungen einstellen.

Grey fügte noch hinzu: wenn Deutschland einen vernünftigen Vorschlag machen könne, aus dem hervorgehe, daß Deutschland und Oesterreich bemüht seien, den Frieden zu erhalten, so werde England diesen Vorschlag in Petersburg und Paris unterstützen, und er sei bereit, wenn Rußland und Frankreich nicht darauf eingingen, in Paris und Petersburg zu erklären, daß er mit den Folgen nichts zu tun haben wolle. Die deutsche Antwort ging dahin, daß es für die deutsche Regierung unmöglich sei, einen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, solange Rußland nicht seine Mobilisierung einstelle, und das weitere ist bekannt.

# Ein Stimmungsbild aus Stuttgart.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Die Mobilmachung hat das gewerbliche Leben Stuttgarts fast vollständig zum Stillstand gebracht. Nach amtlichen Mitteilungen in der Stuttgarter Presse sind bereits 30 000 Einwohner Stuttgarts, darunter 15 000 Familienväter, zum Kriegsdienst einberufen. Die meisten Fabrikbetriebe stehen still oder suchen mit kleiner Arbeiterzahl den Fortgang der Produktion aufrecht zu erhalten. Am schwersten sind die Handwerker und kleinen Industriellen getroffen, ebenso die kleinen Geschäftsleute. Nur die Lebensmittelgeschäfte haben Hochkonjunktur. Sehr segensreich wirkt der Konsumverein, der den größten Teil der Bevölkerung mit Brot versorgt. Trotz der scharf gestiegenen Mehlpreise hält er noch am alten Brotpreis fest und zwingt so die Bäckermeister, das gleiche zu tun. Dem Lebensmittelwucher der Bauern und Markthändler tritt die Behörde mit anerkennenswerter Entschiedenheit entgegen. Die Preise für Frühkartoffeln waren bereits um 100 Proz. in die Höhe getrieben. Die Drohung mit sofortiger Konfiskation bewirkte, daß man sie wieder zum alten Preis haben kann. Auch gegen Hausbesitzer, die den zum Kriegsdienst Einberufenen die Wohnung kündigen, geht das Generalkommando mit rücksichtsloser Energie vor. Die Anwälte Stuttgarts haben zudem beschlossen, Austreibungsklagen nicht anzunehmen.

Die Stadt hat eine umfassende Hilfsaktion für die Familien der Reservisten und Landwehrleute organisiert. Unterhalts- und Fürsorgebedürftige Kinder werden auf Kosten der Stadt verpflegt. Ein großer Teil dieser Arbeit liegt in den Händen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, soweit sie nicht zum Dienst eingerückt sind. In allen Bezirken der Stadt haben sich Frauenhilfsgruppen unserer Genossinnen gebildet, die wiederum einem Zentralkomitee unterstehen. Sie arbeiten mit dem städtischen Hilfskomitee Hand in Hand. Die vier Waldheime der Stuttgarter organisierten Arbeiterschaft mit ihren Spielplätzen, Unterkunftsräumen usw. sind den Familien der Reservisten und Landwehrmänner zur Verfügung gestellt. Brot und Getränke werden an die Kinder unentgeltlich abgegeben.

Ueber die Hälfte der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins steht unter den Fahnen. In manchen Bezirken sind fast alle Ausschußmitglieder, Vertrauensmänner und Einkassierer einberufen worden. Unsere Alten und die Frauen haben an deren Stelle die Parteiarbeit übernommen. Rechtzeitig vor der Mobilisation waren alle notwendigen Maßregeln zur Fortführung der Geschäfte getroffen. Mit ruhigem Ernst hat die organisierte Arbeiterschaft das Unvermeidliche hingenommen. Anders das Bürgertum. In unverantwortlicher Weise suchte die bürgerliche Sensationspresse die chauvinistischen Leidenschaften aufzustacheln und „Kriegsbegeisterung" zu fabrizieren. Ein klassisches Dokument dieser Zustände ist der Tagesbefehl des Stuttgarter Polizeidirektors Dr. Bittinger an die Schutzmannschaft, den der „Vorwärts" ja bereits wiedergegeben hat.

Die Veröffentlichung dieses Dienstbefehls in den Tageszeitungen Stuttgarts hat die erhitzten Wirrköpfe einigermaßen abgekühlt. Wie toll solch gemeingefährliche Müßiggänger — wie der Polizeidirektor die Schuldigen richtig charakterisierte — gegen harmlose und durchaus unverdächtige Menschen vorging, zeigt ein Erlebnis des stadtbekannten Hofschauspielers Georg Stiegert, der in den Tageszeitungen folgende Darstellung veröffentlichte:

„Eine Stunde vor meiner Einrückung sende ich Ihnen diese Zeilen mit der Bitte, darüber zu urteilen!

Ich bin guter Deutscher und kämpfe als kriegsfreiwilliger Feldartillerist im Regiment . . . Bei meinen letzten Vorbereitungen in der Stadt wurde ich vielfach verhaftet, und trotzdem viele mich als Schauspieler Stiegert erkannten und ich mich ausweisen konnte, ließ man mir keine Ruhe — wegen meines ausländischen Aussehens. Ich trage das Haar militärisch kurz, war in Begleitung einer jungen Dame aus einer ersten hiesigen Bürgersfamilie. Die Dame verhaftete man „als Spionin"!

Nun ging die Hetze los. Schutzmannschaft konnte nicht genügen. Das Publikum schrie: „Das ist ein Schauspieler? Das ist kein Schauspieler mehr, das ist a Ruß, a Spion, schießt ihn nieder, schießt sie zusammen!"

Stöcke flogen gegen mich, Faustschläge sausten mir an den Kopf — es ging so weit, daß man Revolver gegen mich zog. Dank eines Schutzmanns, der nur immer rief: „Er ist ein Bürger!" (doch die Menge glaubte es nicht), kam ich in eine der drei Wachtstuben am Bahnhof.

Nach stundenlanger Verfolgung kam ich daheim an. Ein Fußtritt in den Unterleib, den ich vorher mit der liebenswürdigen Bemerkung: „Da, du ausländischer Hund!" bekommen hatte, machte mich körperlich haltlos. Ich hatte oft unterwegs um Bedeckung gebeten, Polizisten angerufen, sie halfen mir nicht. Die Menge glaubte nun im Recht zu sein, und um so schärfer zog man gegen mich.

Die ganze Sache hatte zur Folge, daß ich daheim zusammenbrach und einen starken Krampfanfall erlitt. Herr Sanitätsrat Weil leistete mir durch eine Morphiumeinspritzung Hilfe. Ich bin in schlechtem Zustand. Trotzdem fahre ich nach . . ., weil ich weiß, was eines guten Deutschen Pflicht ist. Herr Sanitätsrat Weil, Olgastraße, der diese rohe Art aufs strengste verurteilt, will selbst noch öffentlich sprechen.

Sehen Sie, soweit geht es! Trotzdem man wußte, ich bin kein Spion, schlug man mich — aus Sensation! Dazu ist Zeit!

Es sind noch Reden gefallen, u. a., warum solche „Bande" am Theater wäre usw. Ich erwähne nicht alles. Es ist keine Zeit, zu klagen — nur warnen möchte ich, daß man nicht so weiter verfähret. Georg Stiegert."

So etwas mußte man in Deutschland, ja im gemütlichen Schwabenländle erleben — und da entrüstet man sich über Belgien!

Die sinnlose Furcht scheint auch etliche Zivilbehörden angesteckt zu haben. So wurde das Haus der Genossin Zetkin längere Zeit durch „Bürger" mit Schießprügeln bewacht. Diese Leute lebten offenbar der „guten Hoffnung", russische „Spione" fangen zu können. Die Arbeiterschaft war über diese Maßregel gegen die Genossin Zetkin derart erbittert, daß ein Unglück unausbleiblich gewesen wäre, wenn die betreffende Behörde die Bewachung nicht schleunigst aufgehoben hätte! Allem Anschein nach hat eine öffentliche Erklärung der Genossin Zetkin mit dazu beigetragen, daß das Generalkommando der „nachgeordneten Instanz" den Standpunkt klar gemacht hat.

# Die Polenfrage.

Weihbischof Dr. Likowski, der künftige Erzbischof von Posen, hat soeben einen Aufruf an die polnische Geistlichkeit des Erzbistums erlassen, in dem es u. a. heißt:

„In ganz Mitteleuropa lodert die Kriegsfackel, angefacht durch die russische Regierung, unter deren Grausamkeiten unser Volk in religiöser und nationaler Beziehung über hundert Jahre hindurch schmerzlich gelitten hat. Ist es euch doch, geliebte Diözesanen, nicht unbekannt, wie viele Millionen der mit uns verbrüderten Uniten mit Gewalt von der Gemeinschaft unserer heiligen Kirche losgerissen und in barbarischer Unmenschlichkeit der russischen Orthodoxie zugeführt wurden, wie viel Tausende von Söhnen unserer heimatlichen Erde ihrer von den Vätern ererbten Habe beraubt und nach Sibirien vertrieben wurden, wo sie zum Teil der grausigen Kälte zum Opfer fielen. Ihr wisset es auch sehr gut, unter welchem Druck noch bis jetzt die katholische Kirche im Bereiche von Kongreßpolen und Littauen seufzt! . . .

Diese unserer Nation und unserer Kirche feindlich gesinnte Regierung hat in hinterlistiger Weise die größere Hälfte von Europa in einen feurigen Kriegsherd verwandelt und unseren Allergnädigsten Landesherrn, den Verbündeten des greisen Kaisers von Oesterreich, gezwungen, mit Waffengewalt die gerechte Sache und sein Land zu verteidigen.

Ohne Zweifel ist jeder Krieg ein großes Unglück, aber manchmal unvermeidbar, denn in den gegenseitigen Beziehungen der Staaten treten ab und zu wichtige Lebensfragen auf, die nur durch die Schärfe des Schwertes entschieden werden können. Eine solche Stunde hat jetzt für uns geschlagen!

Jeder Krieg ist ein Unglück, denn er entfesselt Ströme von Blut und Tränen, er fordert große Opfer an Leben und Gut; und vielleicht hat noch kein Krieg früherer Jahrhunderte solch schwere Opfer verlangt wie der, welcher sich gegenwärtig zwischen den mächtigsten Reichen abspielt. Auch ihr, Geliebte, seid nun als Untertanen des deutschen Kaisers und Königs von Preußen berufen, an diesen Opfern teilzunehmen.

Ich weiß wohl, daß infolge der Ausnahmegesetze, deren Wirkungen wir seit einer längeren Reihe von Jahren schmerzlich empfinden, das Vertrauen der polnischen Bevölkerung zur staatlichen Regierung sich vermindert hat, aber ich weiß auch, daß unter uns nicht das Gefühl der Pflicht gegen die von Gott uns gegebene Obrigkeit geschwunden ist, daß wir vielmehr immer eingedenk bleiben der Mahnung des heiligen Apostels Paulus: „Jegliche Seele sei den vorgesetzten Gewalten untergeben; denn es gibt keine Gewalt außer von Gott; die es aber sind, sie sind von Gott gesetzt. (Röm. XIII, 1.)

Erfüllet also, als würdige Söhne einer ritterlichen Nation, mutig eure Pflicht im Kampfe; ihr anderen aber, die ihr am häuslichen Herd verbleibet, verhaltet euch ruhig und vertrauet auf Gott, schenket insbesondere kein Gehör verdächtigen Agenten und Friedensstörern.

Vertraut, daß, wenn ihr in dieser großen, überaus bedeutungsvollen Zeit treu und mutig zu eurem Monarchen haltet und durch eure loyale Haltung zum Siege seines tapferen Heeres beitraget, euer Landesherr in seinem edlen Herzen unsere gerechten Forderungen erfüllen und alles das beseitigen wird, was uns bedrückt. Vertrauet auch, daß wir durch unsere Mitarbeit zum Siege der kaiserlichen Armee unseren leidenden Brüdern jenseits der Grenze zum Erringen einer besseren Zukunft mithelfen werden."

Dieser Aufruf zum Kampf gegen den Zarismus und zur Befreiung Polens ist der preußischen Regierung sicher nicht unangenehm. In dieser Zeit kann ihr wie auch der österreichischen Regierung die Insurrektion der Polen gegen Rußland, also das, was sonst als Hochverrat bezeichnet wird, in Wirklichkeit aber das angeborene Recht jedes unterdrückten Volkes ist, nur vorteilhaft sein. Die Polen und ihr Vertrauensmann Dr. Likowski haben sich verpflichtet, die deutsche Regierung während des Krieges zu unterstützen, besonders auch alles zu tun, um die polnische Bevölkerung in Rußland für eine Erhebung gegen den Zarismus zu gewinnen. Dafür erhalten sie nicht nur ihren Erzbischof, sondern darüber hinaus auch noch die Zusicherung, daß die preußische Polenpolitik revidiert werden soll.

Die preußische Regierung scheint also mit der unseligen Polenpolitik, vor der wir stets gewarnt haben, endlich einigermaßen aufräumen zu wollen. Es wäre ja auch unmöglich, zugleich an die tatkräftige Sympathie der Polen zu appellieren und Ausnahmegesetze wie den Enteignungs- und Sprachenparagraphen fortbestehen zu lassen. Darüber hinaus aber wird man den Polen ihr nationales Selbstbestimmungsrecht in vollem Maße einräumen und es ihnen auch nach dem Kriege sichern müssen, damit sie, die so oft schon getäuscht worden sind, in voller Zuversicht und Begeisterung in den Kampf gegen den zarischen Unterdrücker ziehen können.

# Politische Uebersicht.

### Entgegenkommen in der Jesuitenfrage.

Die treue Unterstützung der Regierungspolitik soll scheinbar nicht nur den Polen, sondern auch dem Zentrum noch einen besonderen Dank eintragen. Die Korrespondenz des Herrn Erzberger weiß zu melden, daß der Reichskanzler eine Anordnung erlassen habe, wonach die Jesuiten in Deutschland zur Hilfsseelsorge zugelassen werden sollen. Diese Zulassung bildete seinerzeit den Kernpunkt des bayerischen Antrages, den der Bundesrat ablehnte.

### Die Behandlung der Deutschen in Belgien.

Nach und nach melden sich auch andere Stimmen, die den Uebertreibungen der bürgerlichen Presse in ihren Berichten über die Behandlung der Deutschen in Belgien entgegentreten. Nachdem wir bereits die völlige Grundlosigkeit der Nachrichten über die Ermordung des Hotelbesitzers Weber feststellen konnten, verbreitet eine Korrespondenz jetzt folgende Mitteilung: Herr W. von Mallinckrodt, einer der bekannten angesehenen Deutschen in Antwerpen, sollte nach einem Bericht mehrerer Zeitungen verhaftet worden sein und gefangen gehalten werden. Er selbst teilt jetzt mit, daß er am 4. August, ohne vorher behelligt worden zu sein, Belgien verlassen habe und sich auf deutschem Boden befinde.

Der nach Berlin zurückgekehrte deutsche Gesandte in Brüssel v. Below sprach den Vertretern der Presse gegenüber seine große Verwunderung darüber aus, daß derartige Szenen, wie sie die Blätter schilderten, sich ereignet haben sollten. Er versicherte, daß man ihn bis zur letzten Stunde in der zuvorkommendsten und höflichsten Weise behandelt habe. Als ihm am Dienstag seine Pässe zurückgegeben wurden und es feststand, daß deutsche Truppen die Grenzen überschritten hatten, habe sich der Verkehr mit den Behörden dessen ungeachtet in durchaus höflichen Formen vollzogen. In Brüssel sei er, wie das Personal der Gesandtschaft, bis zur letzten Stunde in keiner Weise behelligt worden. Nur eine kleine Differenz habe er mit den Behörden über die Richtung seiner Abreise gehabt. Man habe ihm erklärt, seine Abreise könne nur via Ostende und England erfolgen. Als er eine derartige Route ablehnte und darauf bestand, seine Reise sofort über Holland anzutreten, habe man ihm einen Extrazug gestellt, der ihn an die holländische Grenze brachte. Der Gesandte glaubt, daß es sich bei den Ausschreitungen nur um vereinzelte Vorkommnisse und insbesondere um Ausbrüche der gewalttätigen Natur der Wallonen handele. Keine Kirmes gebe es in der wallonischen Gegend, ohne daß nicht blutige Ausschreitungen stattfänden.

### Prediger der Revolution.

Die österreichische Regierung hat die Polen aufgefordert, sich gegen die Russen zu erheben; die „Post" erließ an die Flamländer einen Aufruf, sich in revolutionärer Erhebung Deutschland anzuschließen —, jetzt wendet sich die „Deutsche Tageszeitung" an die Inder, um sie gegen die englische Herrschaft aufzuwiegeln:

„Hungersnöte, Pest und die hoffnungslose Armut von 80 Proz. der Bevölkerung beweisen, daß der unersättliche Länderhunger Englands sich übernommen hat, daß er nicht fähig ist, ja daß er überhaupt nicht die Absicht hat, die Einwohner des indischen Reiches auf die Bahn einer gesunden Entwicklung zu bringen. Mit dem Aufsteigen der freien asiatischen Reiche wächst das Gefühl der Scham über die Fremdherrschaft und die Erinnerung an die versunkene Herrlichkeit und das vielgestaltig reiche Leben der Vergangenheit, deren Geschichte Jahrtausende zurückreicht, das England trotz aller Redensarten von Freiheit zu zerstören droht, läßt die Hoffnung auf Befreiung nicht einschlafen. Der Weltkrieg, der ausgebrochen ist, wird empfunden werden als die Morgenröte einer neuen Zeit. Wird er das Signal zum Aufstand werden wie der Krimkrieg von 1857?

Wir können den Indern nur zurufen: „Was du dem Augenblick versagest, bringt keine Ewigkeit zurück. Jetzt ist es Zeit!"

Es ist wirklich beachtenswert, wie leicht gewisse reaktionäre Organe umlernen. Eben noch wütendste Bekämpfer der Revolution, können sie sich heute gar nicht genug darin tun, sie zu predigen. Alle „sittlichen Bedenken" fallen fort, wo die Revolution gegen den Feind helfen soll.

### Noch eine Danksagung an die Elsaß-Lothringer.

Der Kommandierende General des 15. Armeekorps v. Deimling hat der Bevölkerung im Bereiche seines Armeekorps wie folgt gedankt:

„Nachdem die Mobilmachung ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat, bringe ich hiermit der Bevölkerung des Armeekorpsbereichs meine volle Anerkennung und meinen Dank für ihre ausgezeichnete Haltung und ihre besonnene, tatkräftige Unterstützung der durch die Mobilmachung gebotenen Maßnahmen zum Ausdruck. Der gleiche Dank gebührt der Beamtenschaft des Landes und den Gemeinden.

Als ein Zeichen patriotischen Opfermuts begrüße ich mit besonderer Freude, daß viele Tausende von jungen Männern, namentlich auch aus den altelsässischen Familien, als Freiwillige zu unseren Fahnen geeilt sind.

Möge der gerechten Sache der Sieg beschieden sein!"

Hoffentlich erinnert man sich auch noch nach dem Krieg dankbar des elsaß-lothringischen Volkes — indem man ihm eine andere Wertung und Behandlung zuteil werden läßt als zu manchen Zeiten.

### Kriegsurteile.

Das Garnisonkommando in Danzig teilt mit, daß während der letzten Nacht mehrere russische Spione abgefaßt wurden, die versuchten, auf den Dächern in den Telegraphenanschlußleitungen Telegramme für das Bezirkskommando und das Garnisonskommando abzufangen. Diese Spione wurden kriegsgerichtlich zum Tode verurteilt und erschossen.

In Aachen wurden fünf belgische Zivilisten, die aus dem Hinterhalt auf deutsche Soldaten geschossen hatten, kriegsgerichtlich zum Tode verurteilt und ebenfalls sofort erschossen.

Vor dem Kriegsgericht Schweidnitz hatten sich drei Russen zu verantworten, der 24jährige Joseph Surmacz aus Meirane, der 19jährige Michael Mroz aus Korzuw und der 21jährige Johann Stelma aus Edwardon; sie waren angeklagt, den Versuch unternommen zu haben, eine Eisenbahn zu zerstören und dadurch den Aufmarsch der Truppen aufzuhalten. Der Gerichtshof sprach Stelma frei und verurteilte Mroz und Surmacz entsprechend den gestellten Anträgen zu je 10 Jahren Zuchthaus.

### Gegen gewissenlose Händler.

Das stellvertretende Generalkommando des 1. bayerischen Armeekorps hat an mehrere Kreisregierungen eine Verfügung gerichtet, wonach gegen gewissenlose Händler, welche den Landleuten unter betrügerischen Vorspiegelungen die Waren zu Schleuderpreisen abzunehmen suchen, mit Strafeinschreitungen vorgegangen werden soll.

### Neue Silberprägungen zur Vermehrung der Zahlungsmittel.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die deutschen Münzstätten sind mit der Ausprägung weiterer Silbermünzen voll beschäftigt. Naturgemäß ist seit der Schließung des Londoner Marktes ein Mangel an Silber eingetreten, der zu einer Preissteigerung geführt hat. Trotzdem kauft die Reichsfinanzverwaltung jedes zum Angebot gelangende Silberquantum, um der anhaltenden Knappheit an Hartgeld zu steuern. Die gegenwärtigen Prägungen gehen auf Rechnung der außerordentlichen Silberreserve, der sie naturgemäß nur buchungsweise zugeschrieben werden. Es hat dies den Vorteil, daß diese Prägungen nicht auf die im Münzgesetz festgelegte Quote von 20 M. auf den Kopf der Bevölkerung angerechnet werden. Die bisher erreichte Quote stellt sich auf 18 M. Die Reichsbank hat seit Beginn der Mobilmachung bereits über 120 Millionen Mark Silbergeld in den Verkehr gebracht.

### Erlebnisse bei der Erntearbeit.

Mit großer Begeisterung haben sich Tausende von „besseren" jungen Leuten zur Verfügung gestellt, um den Landleuten bei der Einbringung der Ernte zu helfen. Aber die Herren machen zum Teil sehr unangenehme Erfahrungen. So berichtet das „Neumärkische Volksblatt" in Landsberg a. W. zum Beispiel von mehreren Gymnasiasten, die nach Lorenzdorf zogen, um dort zu helfen.

„Die Agrarier nahmen die Arbeitsangebote der jungen, kräftigen Burschen bereitwillig an. In einer Anwandlung von falsch verstandener Demokratie ließen die Bauern auch den Grundsatz gelten: „Gleiches Recht für alle!" und behandelten die Schüler genau so wie die russischen Arbeiter, das heißt, sie gaben den jungen Leuten nur eine sehr mangelhafte Kost und wiesen ihnen als Schlafgelegenheit einen Heuboden an, obwohl in den Wohnräumen der Bauern genügend Platz zur Unterbringung der Aushelfer vorhanden war. Als Lohn für eine dreitägige angestrengte Arbeit erhielten die Gymnasiasten eine ganze Mark ausbezahlt. Die jungen Leute, die durchweg den wohlhabenden Ständen angehören, sind von dieser Behandlung und Bezahlung so entzückt, daß sie auf die Weiterarbeit verzichteten".

Angesichts der Massen von Arbeitslosen, die heute vergebens nach Beschäftigung suchen, ist es am Ende kein großes Unglück, wenn den „freiwilligen Helfern" auf solche Weise die Lust an ihrem Unternehmen ausgetrieben wird. Die Behandlung, die jenen jungen Leuten zuteil wurde, ist aber bezeichnend für die Ansichten, die in gewissen Agrarierkreisen zu finden sind. Sie zeigt ferner, wie notwendig es war, daß die Gewerkschaften für die durch sie vertretenen Kreise feste Abmachungen trafen, die der Ausbeutung und Mißhandlung der Arbeiter durch die Agrarier wenigstens gewisse Schranken ziehen.

# Aus Industrie und Handel.

### Die wirtschaftliche Bedeutung von Briey.

Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Luxemburg geschrieben:

„Wie schon gemeldet worden ist, haben deutsche Truppen den französischen Grenzort Briey besetzt. Der Ort, welcher nur wenige Kilometer von der deutschen Westgrenze liegt, hat in den letzten Jahren eine besondere Bedeutung dadurch erlangt, daß er den Mittelpunkt des französischen Minettereviers darstellt; die dort gewonnene Minette (Eisenerze) ist von sehr guter Qualität, ein Umstand, der zur Folge hatte, daß auch eine Anzahl von deutschen Hüttenwerken dazu übergegangen ist, sich in dem Revier Konzessionen auf Erze zu sichern.

Die gesamte abbauwürdige Fläche in den eng zusammenhängenden Becken von Briey und Longwy darf auf etwa 55 000 Hektar geschätzt werden, wovon auf den Besitz der rein deutschen Werke etwas mehr als 10 000 Hektar entfallen, der Rest stellt in erster Linie französischen sowie zu einem kleineren Teil gemeinschaftlichen Besitz von französischen, deutschen und belgischen Werken dar. Den anstehenden Mengen nach ist der deutsche Besitz nicht unbedeutend, so stehen beispielsweise in der Grube Murville, deren Anteile zu drei Vierteln dem Lothringer Hüttenverein gehören, zirka 50 Millionen abbauwürdige Erze an. Von den rein deutschen Werken kommen als Interessenten in Betracht die Firma Thyssen u. Co. in Mülheim-Ruhr, welche unter anderen die zirka 1700 Hektar umfassenden Konzessionen Batilly und Juaville besitzt, ferner sind durch Grubenbesitz interessiert die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft allein und durch das von ihr gepachtete Rümelingen-St. Ingbert, weiter die Firma Gebr. Stumm, die Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke, de Wendel, der Konzern Burbach-Eich-Dudelingen, Haspe, Hösch und der Phönix besitzen zusammen 3/4 Anteile des Bergwerkes Jarnty bei Conflans, das restliche Viertel gehört der französischen Gesellschaft Maubeuge, die zu 1/4 auch an der vorhin erwähnten Grube Murville interessiert ist. Die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft besitzt sieben Zwölftel aller Anteile des Erzbergwerkes Saint Pierremont.

Da die Gegend von Longwy-Briey anscheinend schon beim Beginn der Feindseligkeiten von diesen stark betroffen worden ist, so wird der Betrieb in den Bergwerken dort inzwischen gänzlich eingestellt worden sein. Davon werden nicht allein die in der Nähe gelegenen deutschen Werke, sondern zu einem Teil auch die in Rheinland-Westfalen belegenen Werke, die vielfach französische Minette hier zur Verhüttung bringen, getroffen werden. In gleicher Weise trifft aber auch die französische und zu einem Teil auch die belgische Eisenindustrie das Mißgeschick, zum Erliegen kommen zu müssen, wobei zu berücksichtigen ist, daß gerade die bedeutendsten französischen Hochofen- und Stahlwerke ihre Rohstoffgrundlage in dem Mittelbassin von Briey-Longwy besitzen. Zu denen gehören unter anderem die Stahlwerke der französischen Kanonenfirma Schneider u. Co.-Creuzot. Was die Wirkung auf den Roheisenmarkt selbst anbetrifft, so dürfte, abgesehen von den Versandstockungen, zunächst ein direkter Mangel nicht eintreten, da unter dem Einflusse der bisher ungewöhnlich schlechten Absatzverhältnisse in Luxemburger Material — es konnten in den letzten Monaten nur etwa 40 Proz. der Beteiligung abgesetzt werden — die Vorräte auch auf den rheinisch-westfälischen Hüttenwerken einen bedeutenden Umfang angenommen haben."

### Verteuerung der Kleidung.

Die in der deutschen Herren- und Knabenkleider-Industrie vereinigten Fabrikanten-Organisationen beschlossen:

„1. Unsere Verbandsmitglieder wurden angewiesen, die Kunden davon zu verständigen, daß die Lieferungen bis Ende September zurückgehalten werden können.

2. Es wurde ferner bestimmt, daß Waren, die noch nicht in Arbeit gegeben worden sind, vorerst nicht in Angriff genommen werden sollen, und zwar solange die ungeklärte Lage besteht.

3. Es wurde schließlich festgelegt, daß auf Annullierungen nicht einzugehen ist; fertiggestellte Ware muß zur Ablieferung gelangen."

### Verschmelzung der Oberschlesischen Kokswerke mit einer Kohlengrube.

Trotz des ausgebrochenen Krieges vollzog am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung der Oberschlesischen Kokswerke und Chemischen Fabriken A.-G. die Verschmelzung mit der Konsolidierten Gleiwitzer Steinkohlengrube. Gleichzeitig wurde eine Erhöhung des Aktienkapitals um 3 Millionen Mark und die Ausgabe einer Obligationsanleihe von 10 Millionen beschlossen.

Die Kokswerke besaßen bisher keine eigene Kohlengrube, sondern bezogen die zu verkokende Kohle von oberschlesischen Kohlenbergwerken, hauptsächlich von einer fiskalischen Grube. Durch den Erwerb der Gleiwitzer Grube wird die Gesellschaft von dieser Abhängigkeit befreit. Die neu erworbene Grube liefert Gas-, Industrie- und Holzkohle. Die feineren Sorten sollen verkokt und die gröberen zum Verkauf gestellt werden. Auf der Grube wird eine neue Kokerei erbaut werden.

# Letzte Nachrichten.

### Kriegsfreiwillige Flugschüler gesucht.

**Berlin**, 18. August. (W. T. B.) Das Kriegsministerium erläßt folgenden Aufruf:

Die glänzende Entwickelung unseres nationalen Flugwesens darf durch den Krieg nicht zum Stillstand kommen; sie muß im Gegenteil mit allen Mitteln weiter gefördert werden, damit die jüngste Waffe mit vollem Erfolg für die Verteidigung des Vaterlandes miteingesetzt werden kann. Der Nachschub von Flugzeugen an die Armee und die Marine ist durch besondere Maßnahmen gesichert worden, die Verwendung der Zivilpiloten im Heeres- und Marinedienst ist eingeleitet. Die Fliegerschulen setzen ihren Ausbildungsbetrieb fort. Aber die Möglichkeit großer Abgänge, mit denen im Kriege naturgemäß noch mehr als im Frieden zu rechnen ist, zwingt zu rechtzeitiger Vorsorge für die Ausbildung weiterer Flugzeugführer für den Krieg. Die Meldungen von Kriegsfreiwilligen überschreiten zwar — wie bei allen Waffen so auch bei der Fliegertruppe — den augenblicklichen Bedarf weitaus. Indessen muß hier eine besonders sorgfältige Auswahl getroffen werden und auch von den Ausgewählten werden im Laufe der Ausbildung noch viele zurücktreten müssen. Es kommt deshalb darauf an, von vornherein die Geeigneten als Kriegsfreiwillige einzustellen, d. h. solche, die neben der erforderlichen Intelligenz und tüchtigen Charaktereigenschaften im besonderen auch schon Vorkenntnisse in der Bedienung und Pflege von Flugmotoren besitzen. Solche Persönlichkeiten werden sich namentlich unter denjenigen Studierenden der technischen Hochschulen und anderer technischer Lehranstalten finden, die sich diesem Sonderfach zugewendet haben. Außerdem werden geübte Mechaniker und Monteure gebraucht. Kriegsfreiwillige melden sich zur Ausbildung als Flugzeugführer oder zur Einstellung als Hilfsmonteure bei der Königlichen Inspektion der Fliegertruppen in Berlin — Schöneberg, alte Kaserne (Fiskalische Straße) — Auswärtige schriftlich.

# Soziales.

### § 122 Abs. 2 R.V.O. ist in Kraft gesetzt.

§ 122 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß die ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder durch approbierte Aerzte, bei Zahnkrankheiten durch approbierte Zahnärzte zu leisten ist. Die ärztliche Behandlung umfaßt Hilfeleistungen anderer Personen nur dann, wenn der Arzt oder Zahnarzt sie anordnet, oder wenn in dringenden Fällen kein approbierter Arzt oder Zahnarzt zugezogen werden kann.

Nach Absatz 2 kann die oberste Verwaltungsbehörde bestimmen, wieweit auch sonst Hilfspersonen innerhalb der staatlich anerkannten Befugnisse selbständige Hilfe leisten können.

Auf eine Anfrage des Leipziger Aerzteverbandes telegraphierte der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück: er erachte die durch den Krieg verursachten Verhältnisse als dringende Fälle im Sinne von § 122 der Reichsversicherungsordnung und halte die Medizinal-Praktikanten sowie Studierende der Medizin, die bereits zwei klinische Semester vollendet haben, für geeignet, als Hilfspersonen praktische Aerzte auch bei Behandlung von Krankenkassenmitgliedern zu vertreten. Bundesregierungen und Kassenverbände seien telegraphisch benachrichtigt.

Männliche und weibliche praktische Aerzte, Medizinal-Praktikanten und Kandidaten der Medizin, die mindestens zwei praktische klinische Semester vollendet haben und militärfrei sind, werden deshalb aufgefordert, sich für Vertretungen praktischer Aerzte, die zum Heere einberufen sind, zur Verfügung zu halten.

---

### Sonntagsarbeit während des Krieges.

Die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von gewerblichen Arbeitern an Sonn- und Festtagen finden auf solche Arbeiten keine Anwendung, die in Notfällen oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen. Zu diesen Arbeiten gehören jetzt alle, die im Interesse der Mobilmachung des Heeres notwendig und für die Beschleunigung der Mobilmachung dienlich sind. Dazu rechnen nicht nur die Arbeiten der Unternehmer, die von Militär- und Marinebehörden als Mobilmachungslieferungen oder -leistungen vertragsmäßig oder freihändig aufgegeben sind. Es gehören dazu auch die Arbeiten, die von anderen Unternehmern für die Militär- oder Marinelieferanten zur Erfüllung der Aufträge geleistet werden, die von der Heeres- oder Marineverwaltung stammen. Nach einer Verfügung an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin sind deshalb während des Krieges alle **Sonntagsarbeiten zulässig**, die für den **Heeresbedarf und für die Lebensmittelversorgung des Heeres und der Bevölkerung zu leisten sind.** Das Reichsamt des Innern und die Landesbehörden sind übereingekommen, die Aufsichtsorgane in diesem Sinne anzuweisen. Bei Zweifeln sollen alle Arbeiten zunächst zugelassen werden und der Sachverhalt erst nachher geprüft werden.

---


## Schiller-Theater
**Charlottenburg.**
Freitag, abends 8 Uhr:
**Prinz Friedrich von Homburg.**
Sonnabend, abends 8 Uhr:
**Prinz Friedrich von Homburg.**
Sonntag, abends 8 Uhr:
**Wilhelm Tell.**

## ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
**Auf der Gartenbühne,**
bei ungünstiger Witterung im Theater täglich:
**Das eiserne Kreuz.**
**In Feindes Land.**
**Die Wacht am Rhein.**
Ein Teil des Ertrages ist für das Rote Kreuz bestimmt.

## Reichshallen-Theater.
**Stettiner Sänger!**
**Gr. patriotisches Progr.**
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7½ Uhr
**Für Militärpersonen und deren Angehörigen völlig freier Zutritt zu d. Stettiner Sängern und Theater.**

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.**
**Köpenicker Viertel. Bezirk 196 I.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Lederarbeiter

### Karl Wolff

Lübbener Str. 3, gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. August, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des neuen Treptower Gemeinde-Friedhofes in Baumschulenweg, Kiefholzstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

215/8 **Der Vorstand.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**
**Bezirksverwaltung Groß-Berlin**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

### Hellmuth Döring

von der Firma Borchert, Neue Königstr. 19, am 10. August im Alter von 36 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

---

**Den** Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Chauffeur

### Paul Uckel

am 12. August im Alter von 38 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. August, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes, Seestraße, Ecke Müllerstraße, aus statt.

---

**Nachruf.**

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Eisenindustriearbeiter

### August Matthes

aus Oberschöneweide am 9. August im Alter von 44 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

67/17 **Die Bezirksverwaltung.**

Am Dienstag verstarb nach kurzem Leiden mein lieber Vater, der Gastwirt

### Ernst Wittchow

in Wittenau.

**Johannes Wittchow.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Tempelhof.**

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter

### Otto Herrmann

Werderstr. 10, im Alter von 31 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute nachmittags 5½ Uhr von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in der Germaniastraße aus statt. **Der Vorstand.**

**Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.**
**Zahlstelle Berlin.**

Am 12. August starb unser Kollege, der Sandsteinmetz

### Gustav Schmidt

37 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neukölliner Friedhofs am Mariendorfer Weg aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

172/11 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Holzarbeiterverband.**
**Zahlstelle Berlin.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler

### Emil Richter

Waldstr. 7, im Alter von 44 Jahren gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 14. August, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Johannis-Kirchhofes, in Plötzensee, aus statt.

90/11 **Die Ortsverwaltung.**

Am 12. August verschied nach schweren Leiden mein geliebter Mann

### Karl Meike

im 50. Lebensjahre.

Die trauernde Witwe
**Pauline Meike,**
Manteuffelstr. 35.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, 15. August, nachm. 3 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. 110R

**Danksagung.**

Allen Verwandten, Bekannten und Kollegen, besonders den Sängern der Typographia für den ergreifenden Gesang unseren herzlichsten Dank.

**P. Aßmann,**
Kinder und Schwestern. 114R

**Danksagung.**

Da es uns nicht möglich ist, jedem einzelnen unseren Dank auszusprechen für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwieger- und Großvaters

### August Kowalczyk

sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Herrn Waldeck Manasse für die trostreichen Worte, sowie dem sozialdemokratischen Wahlverein des VI. Berliner Reichstagswahlkreises, dem Verband der freien Gast- und Schankwirte, den Kollegen von dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, dem Kartenklub Wedding I und den werten Gästen unseren tiefgefühlten Dank.

**Wwe. Auguste Kowalczyk,**
2904b nebst Kindern.


## Krankenkasse der Personen-Lohnfuhrwerks-Innung zu Berlin.

**Bekanntmachung.**

Durch Reichsgesetz vom 4. August dieses Jahres, Reichsgesetzbl. 33. Jahrgang 1914, sind mit Gültigkeit vom 4. August 1914 ab die Beiträge unserer Krankenkasse von 3,8 Proz. auf 4,5 Proz. erhöht worden. Die Erhöhung tritt mit dem 4. August 1914 in Kraft.

Es werden nur Regelleistungen gewährt. Die Mehrleistungen fallen fort.

Diesbezügliche Bekanntmachungen werden den Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Drucklegung im Kassenlokal ausgehändigt. 276/19

**Berlin,** den 11. August 1914.

**Der Vorstand.**
**Wilhelm Arnde,** Vorsitzender.

## Krankenkasse der Personen-Lohnfuhrwerks-Innung zu Berlin.

**Bekanntmachung.**

Die vom Versicherungsamt der Stadt Berlin gemäß § 347 der Reichsversicherungsordnung vorgeschriebene Krankenordnung ist seitens der Aufsichtsbehörde genehmigt und tritt mit dem 5. August 1914 in Kraft. Exemplare dieser Krankenordnung können nach Drucklegung im Kassenlokal in Empfang genommen werden.

**Berlin,** den 5. August 1914.

**Der Vorstand.** 276/20
**Wilhelm Arnds,** Vorsitzender.

## Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker

**und verwandten Gewerbe zu Berlin.**

Durch Reichsgesetz vom **4. August d. J.** Reichsgesetzblatt Nr. 35, Jahrgang 1914 — sind mit Gültigkeit vom 4. August 1914 ab folgende Vorschriften zwecks Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen erlassen worden:

I. a) für die Dauer des gegenwärtigen Krieges werden bei sämtlichen Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen die Leistungen auf die Regelleistungen und die Beiträge auf 4½ vom Hundert des Grundlohnes festgesetzt. Laufende Leistungen bleiben unberührt.

b) an Wochenbeiträgen sind zu erheben:

| | | | |
|---|---|---|---|
| in Stufe | I | . . | 0,33 M. |
| „ „ | II | . . | 0,63 „ |
| „ „ | III | . . | 0,96 „ |
| „ „ | IV | . . | 1,26 „ |
| „ „ | V | . . | 1,59 „ |
| „ „ | VI | . . | 1,89 „ |

**Der Vorstand.**
J. A.: **Max Gutsche,** Vorsitzender.

## Allgemeine Orts-Krankenkasse für den Stadtbez. Köpenick.

### Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes betreffend Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen vom 4. August 1914 werden die Beiträge bei sämtlichen Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen für die Dauer des Krieges auf 4½ vom Hundert des Grundlohns festgesetzt.

Die Beiträge betragen daher bei unserer Kasse vom 10. August cr., ab:

| | | | |
|---|---|---|---|
| für Stufe | a | wöchentlich | 0,18 M. |
| „ „ | 1 | „ | 0,24 „ |
| „ „ | 2 | „ | 0,42 „ |
| „ „ | 3 | „ | 0,64 „ |
| „ „ | 4 | „ | 0,96 „ |
| „ „ | 5 | „ | 1,20 „ |
| „ „ | 6 | „ | 1,50 „ |

Für neue Erkrankungsfälle wird die Unterstützung auf die Regelleistungen herabgesetzt. 276/18

Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über hausgewerbliche Krankenversicherung sind vorläufig außer Kraft gesetzt.

Köpenick, den 11. August 1914.

**A. Rohrbek,** stellv. Vorsitzender. **F. Murken,** Schriftführer.


## Spezialarzt
**Dr. med. Wockenfuß.**
**Friedrichstr. 125** (Oranienb. Tor)
**für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden** — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). **Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.**
Spr. vorm. 9 — Nm. 8. Sonnt. 9—11.

**Henkel's Bleich-Soda für den Hausputz**


## Verband der Sattler u. Portefeuiller

**Ortsverwaltung Berlin.**

**Montag, den 17. August, abends 8½ Uhr,**
in den **„Arminhallen“,** Kommandantenstr. 58/59:

### Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

**Die jetzige Situation in unserem Gewerbe und die Vorschläge der Hauptverwaltung zur Erhaltung der weiteren Organisationstätigkeit.**

**Kolleginnen! Kollegen!** Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Dringend notwendig ist es darum, daß alle unsere Kollegen und Kolleginnen diese Versammlung besuchen, da sehr wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen.

157/5* **Die Ortsverwaltung.**


## Der gewaltige Krieg,
der jetzt ausgebrochen ist, weckt das Interesse für alle Kriege der Neuzeit. Diese werden
### in Wort und Bild
in dem bei der **Buchhandlung Vorwärts in Berlin SW 68.** erscheinenden Werke
## Die Welt in Waffen
eingehend behandelt. Das Werk „Die Welt in Waffen“ erscheint **in Lieferungen a 20 Pf.** und kann jederzeit bei allen Zeitungsboten bestellt werden, sowie auch bei allen „Vorwärts“-Ausgabestellen und der 248/20
**Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.**

**Reuters Werke** — 3 Bände 4 Mark — Buchhandlung Vorwärts
**Heines Werke** — 3 Bände 4 Mark — Buchhandlung Vorwärts

**Schnupfer!** achtet auf die gesetzlich geschützte Packung, um **Goldfarb echt** zu erhalten!

**Gesundheitstabak J. Goldfarb. Preuss. Stargard.**
D.R.W.Z. 10652.
Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tabaka do zażywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

**Buchhandlung Vorwärts**
**Lindenstraße 69.**

**Deutsch - Französisch - Russische Kriegskarte**
Maßstab 1 : 2 000 000 — Format 88 × 71 cm.
**Preis 1 Mk.**

**Feldbrief-Mappe**
5 vorschriftsmäßig bedruckte Feldpost-Briefumschläge nebst Briefbogen **10 Pf.**


# Kleine Anzeigen.

## Verkäufe.

**Monatsgarderobe!** Unübertrefflich billiger Verkauf von Herrenkleidung, von Herrschaften, Kavalieren sehr wenig getragen, feinste Maßverarbeitung, nur echte Stoffe, teils auf Seide, vom Hofschneider. Cutaways, Kammgarnhosen, Jackettanzüge, Rockanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge. Rosenberg, Berlin, Blücherstraße 61, I

**Radfahrerkarten** Mittelbach für die Gaue Berlin, Magdeburg, Mecklenburg, Hannover, Stettin u. a., aufgezogen 2,75 Mark, unaufgezogen 1,50 Mark. Weitere Umgebung von Berlin aufgezogen 1,80 Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Klappsportwagen,** hochelegante, Teilzahlung gestattet. Eisenbahnstraße 34, Musikgeschäft. †3*

### Möbel.

**Möbelhandlung** Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts“-Leser 3 Prozent Rabatt. 890R*

## Kaufgesuche.

**Zahngebisse,** Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christianat, Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Manteuffelstraße). 88/16*

**Kupfer,** Messing, Zink, Zinn, Blei, Stanniolpapier, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, Quecksilber, Zahngebisse. „Metallschmelze“ Cohn, Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinerstraße 76. 100/8*

**Goldschmelze** kauft höchstzahlend Zahngebisse, alle Metalle. Witwe Rieper, nur Köpenickerstraße 157.

**Fahrradankauf** Linienstraße 27.*

**Packleinwand,** gebrauchte, 13,—, kauft Parochialstraße 31, Produktengeschäft. 100/21*

## Verschiedenes.

**Patentanwalt** Müller, Gitschinerstraße 16.

**Kunststopferei** Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

## Vermietungen.

### Wohnungen.

**Saubere** Stube und Küche, von 18 Mark an. Frankfurter Allee 182.

**Charlottenstraße** 87, kleine Wohnungen, billig, sofort, renoviert. *

### Schlafstellen.

**Möblierte** Schlafstelle, allein, Vorderzimmer, Chorinerstraße 9, IV. Marx. 2906b

## Arbeitsmarkt.

### Stellengesuche.

**Klavierstimmer.** Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Niemetzstraße 10.

### Stellenangebote.

**Bauschlosser** sucht E. Nachtigall, Lindenstraße 78. 2903b

**Schuhmacher,** Aushilfe, sofort Manteuffelstraße 71. *

## Kleine Personen,
gut gebaute
welche geneigt sind, einer seit langen Jahren existierenden
**Künstler-Liliputaner Zwergen-Gesellschaft**
beizutreten, erfahren näheres bei Angaben von **Alter, Größe** und **Körpergewicht** beim Direktor **A. Scheuer** in **Stellingen,** Bezirk Hamburg, Adolfstr. 43 (Vorkenntnisse nicht nötig). N.B. Die geehrten Leser dieser Zeitung, welche kleine Personen wissen, werden höflichst gebeten, deren Adressen gefl. mitzuteilen. Diskretion wird zugesichert. 280/10*


Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

# Aus dem Rathause.

Die Sorge um die Not der Kriegszeit beherrschte auch gestern wieder die außerordentliche Sitzung der Berliner Stadtverordneten. Eine Bauvorlage, die einen Anbau an das Krematorium in der Gerichtstraße vorsieht, wurde in Sorge für die Arbeitslosen verlangt.

Genosse Adolf Hoffmann sagte:

Wir begrüßen die Vorlage als einen erfreulichen Fortschritt. An den Magistrat richten wir die Bitte, diesen Bau nicht nur bewilligen zu lassen, sondern auch möglichst zu beschleunigen, um Arbeitslosen bei der heutigen Zeitlage Arbeit zu schaffen. Was die Stadt hier mehr ausgibt, spart sie später event. an Armenunterstützung.

**Wir ersuchen überhaupt alle schon bewilligten Bauten nach Möglichkeit zu beschleunigen; die Stadt muß alles tun, um bei stärker eintretender Arbeitslosigkeit Notständen vorzubeugen.** Sind für die städtischen Straßenbahnen etwa auch nach dem Muster der „Großen“ Frauen an Stelle der eingezogenen Schaffner vorgesehen? Wir würden dringend bitten, davon abzusehen und lieber Arbeitslose in diesen Stellen unterzubringen eventl. unter gemilderten Bedingungen für die Kautionsstellung. Es müßte auch möglich sein, bei der „Großen“ auf Vertragseinhaltung zu dringen; sie braucht nicht auf so viel Linien den Betrieb einzustellen. Es muß auch an die in besserer Lage Befindlichen das Ersuchen gerichtet werden, nicht denen, die brot- und erwerbslos sind, die Arbeitsgelegenheit zu nehmen, indem sie sich umsonst oder gegen geringe Entschädigung anbieten.

Oberbürgermeister **Wermuth**: Was die Beschäftigung von Frauen bei den städtischen Straßenbahnen anlangt, so muß ich mir die Antwort für eine der nächsten Sitzungen vorbehalten.

Bei den Bauten war es zunächst nötig, eine gewisse Zurückhaltung anzuordnen; jetzt, nachdem der erforderliche Ueberblick gewonnen ist, kann ich namens des Magistrats zusichern, daß bei der Fortführung begonnen und bei der Einleitung neuer Bauten auf die gesamte Lage des Arbeitsmarktes und auch auf die Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung die gebührende Rücksicht genommen wird. Bei den bedeutendsten städtischen Bauten, bei der Nord-Südbahn und beim Westhafen, sind die Arbeiten überhaupt niemals unterbrochen worden.

Stadtv. **Cassel** (A. L.) gibt seiner Freude über die Erklärung des Magistrats Ausdruck. Es sei danach klar, daß die Stadtgemeinde alle erforderlichen notwendigen Bauten fortführen und dabei Rücksicht auf das Arbeitsbedürfnis nehmen werde. Berlin sei ja in einer solchen finanziellen Lage, daß es die nötigen Bedürfnisse durchaus bestreiten könne, man dürfe daher mit einer gewissen Ruhe in die Zukunft sehen.

Es gelangen dann ohne Diskussion einstimmig zur Annahme die auf die heutige Tagesordnung gesetzten dringlichen Vorlagen:

Die Einsetzung einer gemischten Deputation für die Beschlußfassung über die **Versorgung Berlins mit Lebensmitteln**;

**Wechselseitige Unterstützung** der in **Berlin** hilfsbedürftig zurückgebliebenen Angehörigen der zu den Fahnen einberufenen österreichisch-ungarischen Wehrpflichtigen und der in Wien zurückgebliebenen Angehörigen deutscher Wehrpflichtiger durch diese beiden Städte.

# Gewerkschaftliches.

## Die Gewerkschaften und der Krieg.

Lange bevor der Krieg Entscheidungen an unseren Grenzen bringen kann, hat er wichtige Tatsachen innerhalb unseres Wirtschaftslebens von Grund auf geändert. Von wenigen Industrie abgesehen, die — vorläufig wenigstens — für den Armeebedarf angespannt sind, ist ein plötzlicher Stillstand in dem gewerblichen und kommerziellen Leben eingetreten, wie ihn die schwerste Wirtschaftskrise nicht schaffen konnte. Ganze Industrien sind lahmgelegt. Der Krieg begann in einer nun schon lange Zeit währenden Periode wirtschaftlicher Depressionen, die vielfach krisenhaften Charakter hatten. Uebervollgefüllte Lager hatten die meisten industriellen Unternehmungen, als plötzlich der Krieg alle Exportmöglichkeiten abschnitt; als er viele Hunderttausende zu den Waffen rief und zahlreiche Geschäftsinhaber zwang, ihre Unternehmungen zu schließen. Hunderttausende Bestellungen wurden widerrufen. Die Konsumkraft nicht nur der nichtbesitzenden und wenig einnehmenden als auch der den Massenverkauf bestimmenden Volkskreise sank auf ein nicht geahntes Mindestmaß herunter. Auch die besitzenden Klassen legten sich auf mannigfachen Gebieten die größte Einschränkung des Verbrauchs auf. Dazu kam ein gewaltiges Gefühl der Unsicherheit. Viele Unternehmungen stellten ihre Betriebe ein, weil sie die späteren Monate noch trüber einschätzten als die Wochen, die wir jetzt durchleben. In mannigfacher Weise wirkte dieser plötzliche Zusammenbruch auf unser Wirtschaftsleben. Von der Rüstungsindustrie im weiteren Sinne abgesehen, litt alles unter den verschärften Bedingungen, die aus dem Kriege erwachsen. Zusammenbrüche von Banken, gewaltige Kursstürze kennzeichnen diese Tage. Am meisten litt die Arbeiterklasse. Die Zahl der Arbeitslosen vervielfachte sich. Die Not wuchs und die Hoffnung auf Besserung sank. Für die geschulte Arbeiterschaft gab es aber einen Rückhalt: ihre gewerkschaftlichen Organisationen. Die Anforderungen, die an diese gestellt wurden, standen im Widerspruch mit allen Voraussetzungen, die bei früherer Prüfung der Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften in Betracht kamen. War es der berechtigte Stolz der deutschen Gewerkschaften, daß sie in den letzten 20 Jahren allen Krisen gewachsen waren, die über Deutschlands Industrie hereingebrochen waren, so ist ein Weltkrieg doch eine Erscheinung, die auch der weitgehendste Wirtschaftspolitiker nicht restlos in seine Rechnung ziehen kann. Das gilt für die großen kapitalistischen Unternehmungen, das gilt natürlich auch für die Arbeiterorganisationen mit Unterstützungseinrichtungen, also vor allem für die Gewerkschaften. Ein sprunghaftes, ja ein eruptives Steigen der Ansprüche und ein vielfaches Versiegen der Einnahmen brachte den Gewerkschaften der Krieg. Eine ganz außerordentliche Zeit erfordert außerordentliche Maßnahmen. Die Gewerkschaften haben auch sofort der Situation Rechnung zu tragen gesucht, indem sie ihre Mittel in Einklang zu bringen bemüht waren mit den sich so rasch verallgemeinernden Ansprüchen an ihre Kassen. So wie das Reich mit dem Eintritt des kriegerischen Zustandes zahlreiche Gesetze für den Augenblick schaffen mußte, um den geänderten wirtschaftlichen Bedingungen Rechnung zu tragen, so wie das Reich zum Beispiel bei den Krankenkassen Sicherungen für die Erhaltung der Organisation und Beschneidungen der Leistungen einführen mußte, so mußten auch die Gewerkschaften der außerordentlichen Situation Rechnung tragen.

In mannigfacher Weise haben die Hauptvorstände der schweren Aufgabe entsprochen, auf eigene Verantwortung hin die Unterstützungen zu ändern, um mit den gegebenen Mitteln möglichst lange Zeit, hoffentlich für die ganze Dauer des Krieges, auszureichen und möglichst vielen Mitgliedern die Vorteile der Unterstützungseinrichtungen zu sichern, um endlich Vorsorge zu treffen, daß die Leistungen der Organisationen nicht gerade zur Winterszeit, wo sie am notwendigsten sind, wegen Mangel an Mitteln versiegen. Sicherlich werden durch diese Maßnahmen manche Mitglieder in ihren statutarischen Rechten eingeengt. Aber was sie tragen, hat Vorteile für die Gesamtheit, hält dauernd die Leistungen für die ganze Zeit der kriegerischen Verwickelungen aufrecht und verlängert die Möglichkeit der Unterstützungen, was der allergrößte Vorteil ist. Dort, wo die Unterstützung eine ergänzende Unterstützung ist, also bei der Krankenunterstützung, konnte man sie einstellen, weil sie durch eine Unterstützung gesichert war, und dafür die heute wichtigere, die Arbeitslosenunterstützung, in höherem Maße und jedenfalls für längere Zeit zur Verfügung stehen würde. Der Gedanke war sicherlich der richtige, daß man lieber alle anderen Unterstützungen einschränken soll, wenn es sich ermöglichen läßt, um den Mitgliedern die Arbeitslosenunterstützung sichern zu können. Rechnerische Ueberlegungen haben eine Reihe von Gewerkschaften zu der Ueberzeugung gebracht, daß das vollständige Aufrechterhalten des bisherigen Zustandes bei der plötzlichen Vervielfachung der Unterstützungsberechtigten und bei dem starken Nachlassen der Einnahmen dazu führen müsse, daß manche Organisationen vielleicht nach einiger Zeit ihre Unterstützungsauszahlung einschränken müssen oder doch ihre Widerstandsfähigkeit verlieren würden. Das führte dazu, daß man sich überall entschloß, haushälterisch mit den Mitteln umzugehen und auch die Arbeitslosenunterstützung gerade, um sie lange Zeit gewähren zu können, in ihrer Höhe einzuschränken. Wenn einzelne Gewerkschaften dazu gezwungen waren, so ist das ja sicherlich wenig erfreulich. Aber für viele war dieser Zwang vorhanden. Es ist jedenfalls besser, wenn die im Augenblick des Kriegsausbruches Bezugsberechtigten auf einen Teil ihrer Unterstützung jetzt verzichten müssen, als wenn man die Unterstützung nach einiger Zeit den Arbeitslosen überhaupt verweigern müßte. Im Interesse derer, die vielleicht bald gar nichts haben, ist die Einschränkung der Unterstützung jedenfalls notwendig.

All das wird jeder überlegende Arbeiter, jede sorgende Arbeiterin einsehen. Wer die große Bedeutung der Gewerkschaften kennt, der wird es natürlich als eine der wichtigsten Pflichten der noch tätigen Arbeiter betrachten müssen, daß sie die Beiträge an die Gewerkschaften zahlen für jede Woche, die sie noch in Arbeit stehen. Es ist selbstverständlich notwendig, daß den Gewerkschaften Geld zufließt, damit sie die ganz außerordentlichen Leistungen nicht lediglich auf Grund ihres naturgemäß begrenzten Vermögensbestandes auszuzahlen haben. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sollte auch daran denken, daß die Genossen, die nun in den Krieg gezogen sind, von der Gewerkschaft auch Förderungen und Unterstützungen erwarten, wenn sie wieder aus der blutigen Arbeit zu friedlicher Tätigkeit zurückkehren. Erwäge jeder die Schwierigkeiten der Gewerkschaften. Urteile jeder gerecht. Tue jeder seine Pflicht!

### Berlin und Umgegend.

#### Der Holzarbeiterverband in der Kriegszeit.

Eine am Mittwoch abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes regelte die Beitrags- und Unterstützungssätze für die Kriegszeit. Wie Glocke ausführte, betrachtet es der Verband als seine Aufgabe, Not und Elend, welche infolge des Krieges über die Mitglieder hereinbrechen, nach Möglichkeit zu mildern. Schon jetzt ist die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter in Berlin auf 14 000 angewachsen und wird noch weiter steigen. Es ist deshalb notwendig, die Unterstützungssätze herabzusetzen, damit sie für möglichst lange Zeit gezahlt werden können. Nach einem Beschluß des Verbandsvorstandes beträgt die Arbeitslosenunterstützung für Verheiratete 6 Mk., für Ledige 4 Mk. wöchentlich. Zuschläge aus lokalen Mitteln können nicht gewährt werden, da jetzt alle Mittel der Lokalkassen an die Hauptkasse abgeführt werden müssen. Unterstützungsberechtigt ist jeder, der 52 Wochenbeiträge bezahlt hat, auch wenn er bereits ausgesteuert ist. Die Familien der zum Heere eingezogenen Mitglieder können vom Verband nur in besonderen Notfällen unterstützt werden. Die Ortsverwaltung schlägt vor, den Wochenbeitrag, der bis jetzt 1,25 Mk. betrug, auf 1 Mk. herabzusetzen. Es wird aber erwartet, daß die Mitglieder, welche es irgend ermöglichen können, freiwillig einen wöchentlichen Extrabeitrag von 25 Pf. zahlen. Aus diesen Extrabeiträgen soll ein Fonds gebildet werden, aus dem verheiratete Mitglieder, deren Not besonders groß ist, unterstützt werden. — Im übrigen wird den Kollegen ans Herz gelegt, in dieser schweren Zeit dem Verbande treu zu bleiben und ihre Pflichten der Organisation gegenüber gewissenhaft zu erfüllen.

Der Vorschlag der Ortsverwaltung wurde angenommen. Die Beitragsänderung soll am 15. August in Kraft treten.

In der Diskussion wiesen mehrere Redner darauf hin, daß Staat und Gemeinden die Pflicht haben, für die Unterstützung der Arbeitslosen etwas zu tun. — Die Versammlung nahm einen Antrag an, welcher die Ortsverwaltung beauftragt, sofort Maßnahmen zu treffen, um ein schleuniges Eingreifen des Staates und der Gemeinde zugunsten der Arbeitslosen zu veranlassen.

# Berliner Nachrichten.

### Kinderfürsorge.

**Für die zahlreichen Kinder der ins Feld Gerufenen wie auch für die Kinder der arbeitslos Gewordenen muß auf den verschiedensten Gebieten Sorge getragen werden. Es sind eine Reihe Vereine auf diesem Gebiete tätig, aber die Vereinshilfe, so gut sie gemeint sein mag, reicht da nicht aus; sie kann nur Flickwerk leisten. Die Kommunen müßten in großzügiger Weise eine allgemeine Kinderspeisung einleiten, sowohl für die schulpflichtigen wie für die vorschulpflichtigen Kinder, außerdem muß für eine genügende Beaufsichtigung der Kinder gesorgt werden. Soweit Vereine in Frage kommen, will der Verein Mädchenhort, Berlin, seine 23 Horte erweitern und in von der Stadt Berlin zur Verfügung gestellten Lokalitäten eine Anzahl Kriegshorte eröffnen. Für einige durch Belegung der städtischen Gemeindeschulen mit Einquartierung obdachlos gewordene Horte** hat der Verein Arbeiterinnenheim seine Räume vorläufig zur Verfügung gestellt.

Der Vorstand des Vereins für Kindervolksküchen und Volkskinderhorte, Berlin, hat über Maßnahmen beraten, die zur Speisung von Frauen und Kindern ins Feld gezogener Krieger zu treffen sind. Nach dem Bericht des Vorsitzenden unterhält der Verein zurzeit zwanzig Küchen, die für die Speisung von 10 000 Kindern ausreichen. Um den durch den Kriegszustand gebotenen Ansprüchen zu genügen, sollen diese Küchen verdoppelt werden, so daß für etwa 20 000 Kinder gesorgt werden kann. Auch die Frauen von ausziehenden Kriegern sollen mit Essen versehen werden. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß dem Verein leerstehende Läden zur Einrichtung von neuen Küchen kostenlos oder zu mäßiger Miete überlassen würden.

Hierzu sei bemerkt, daß der Verein für Kindervolksküchen in der Hauptsache durch die Mittel der Stadt Berlin erhalten wird, die für die Schulspeisung verwendet werden.

Auch für die Waisenkinder, die in Berlin in Pflege sind, soll eine Aufsicht eintreten. Diese will die Zentrale für Jugendfürsorge übernehmen. Zu dem Zwecke sollen Schulräume bereitgestellt werden. Auch die Lehrer und Lehrerinnen sind von der Schuldeputation ersucht worden, sich zur Unterhaltung und Beaufsichtigung der Kinder in der schulfreien Zeit zur Verfügung zu stellen.

Es scheint, daß eine große Zerrissenheit durch das Eingreifen so vieler Stellen einzureißen beginnt. Eine planmäßige Organisation der Kinderfürsorge könnte Besseres und Großzügigeres leisten als eine Zersplitterung.

Aus Neukölln wird berichtet: Frauen, deren Männer im Felde stehen und die gezwungen sind, tagsüber ihrer Arbeit nachzugehen, wird die Sorge für ihre Kinder durch den vom Freiwilligen Erziehungsbeirat für die Jugend in Neukölln im Hause Kirchgasse 5 eingerichteten Kindergarten abgenommen. Aufnahme finden Kinder im Alter von 3—6 Jahren. Das Schulgeld beträgt pro Kind und Woche 30 Pf., bei Geschwistern für jedes weitere Kind 15 Pf. Ein kräftiges Mittagessen wird den Kindern für 10 Pf., ein Becher Milch für 5 Pf. verabfolgt. Der Garten ist ununterbrochen von morgens 7 Uhr bis abends 7½ Uhr geöffnet. Für Kinder, deren Mütter Arbeit noch nicht gefunden haben, können Freistellen gewährt werden. Anmeldungen werden im Garten Kirchgasse Nr. 5 von der Leiterin entgegengenommen.

### Bürgerküchen.

Der Verein für Kindervolksküchen will auch eine Speisung Notleidender, auch der Arbeitslosen und deren Familien einrichten. Zu diesem Zwecke sollen die Armenspeisungsanstalten in Bürgerküchen umgewandelt werden.

### Bürgerspeisehallen des „Roten Kreuzes“ von Berlin.

Das „Rote Kreuz“ von Berlin hat beschlossen, Bürgerspeisehallen einzurichten, in denen der notleidenden Bevölkerung nahrhaftes, ausreichendes und abwechselungsreiches Mittagessen zum Preise von 10 Pf. geliefert werden soll. Der Anfang wird zunächst am kommenden Mittwoch in den Kaiserhallen am Moritzplatz und im Zentralarbeitsnachweis in der Gormannstraße gemacht. In beiden Lokalen sollen täglich zwischen 12 und 3 Uhr zusammen 6000 Menschen gespeist werden. Die Ausgabe der Speisemarken wird erfolgen einmal an die Angehörigen der im Felde Stehenden, weiterhin aber auch an Arbeitslose und Notleidende, die sich als solche legitimieren. Die Organisation der Markenausgabe wird durch das „Rote Kreuz“ von Berlin in Gemeinschaft mit Vertretern der Stadt, den Gewerkschaften und dem Arbeitsnachweis erfolgen. Je nach dem Ausfall dieses ersten Versuches und dem Eingang weiterer Geldmittel, die zur Durchführung der Maßnahmen in nicht unerheblicher Höhe erforderlich sind, wird unverzüglich mit der Errichtung weiterer Bürgerspeisehallen in allen in Frage kommenden Berliner Stadtteilen vorgegangen werden.

**Auskunfterteilung für Wilmersdorf.** Die organisierten Frauen, welche sich zur Arbeit der Hilfsaktion zur Verfügung stellen, haben sich an Fr. Elise Bahr, Duisburger Str. 2, zu wenden.

### Krankenpflegedienst in Groß-Berlin.

In der letzten Versammlung der Berliner Aerzteschaft machte der Ministerialdirektor Dr. Kirchner einige Mitteilungen über die Organisation der Berliner Krankenpflege. So sind in den letzten acht Tagen 2000 neue Aerzte approbiert worden. Zur Krankenpflege sollen 40 000 Personen ausgebildet werden. Nach dem ausgearbeiteten Plan soll zunächst die Ausbildung von 3000 Helferinnen durch Berliner Aerzte erfolgen. Die Ausbildungszeit ist auf sechs Wochen festgesetzt worden, und zwar 20 Stunden theoretischer Unterricht auf vier Wochen verteilt und daran anschließend Uebungen in praktischer Krankenpflege in städtischen Anstalten, die zu diesem Zweck von den Groß-Berliner Magistraten zur Verfügung gestellt worden sind. Es sollen zunächst 100 Kurse mit je 80 Schülerinnen eröffnet werden. Die auf sechs Wochen berechnete Ausbildungszeit dürfte genügen, um selbst allergrößten Anforderungen gerecht werden zu können. Es handele sich hierbei nicht nur um die Pflege Verwundeter, sondern auch um vorbeugende Maßnahmen für etwaige spätere Seuchengefahren. Für die ersten hundert Kurse haben sich bereits eine genügende Anzahl von Aerzten zur Verfügung gestellt. Es müsse aber für weitgehendsten Ersatz der unterrichtenden Aerzte gesorgt werden und darum ergehe an die Berliner Aerzteschaft die Aufforderung, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen.

### Mangel an Berliner Postbeamten.

Eine Korrespondenz teilt mit: „Durch die Einziehung der Berliner Postbeamten, von denen im Durchschnitt 55 bis 60 Proz. unter die Fahne gerufen wurden, haben sich in der Berliner Postbeförderung Schwierigkeiten herausgestellt, die nicht so ohne weiteres zu beheben sind. Auf einzelnen Postämtern sind sogar Zweidrittel der Beamten eingezogen, so daß die Zurückgebliebenen kaum den Anforderungen des Dienstes nachkommen können. Man hat deshalb die Geldbriefträger fast gänzlich eingezogen und für Geld- und Wertsendungen nur eine Bestellung am Tage eingerichtet, während in Friedenszeiten vier Bestellungen vorgesehen sind. Die Briefe, die früher in acht Gängen am Tage ausgetragen wurden, werden jetzt viermal am Tage ausgetragen. Für diese Arbeit sind alle verfügbaren Hilfskräfte herangezogen worden. Das Sortieren der Sendungen auf den Postämtern wird meist von höheren Beamten, Sekretären usw. ausgeführt, um überhaupt einen geregelten Dienst zu ermöglichen. Ein Teil der Briefträger, die als Landsturmleute bisher noch nicht einberufen worden sind, haben sich, soweit sie früher bei der Kavallerie gedient haben, freiwillig bei der Feldpost gemeldet. Noch schwieriger als jetzt werden sich die Verhältnisse allerdings gestalten, sobald der Landsturm einberufen wird. In diesem Falle wird man wohl, wie dies in den westlichen Berliner Vororten bereits mit Erfolg geschehen ist, auf die Hilfe von Pfadfindern und anderer jugendlicher Kräfte zurückgreifen müssen. Man will die jungen Leute in erster Linie für den inneren Dienst, für das Sortieren der Sendungen sowie für Entleerung der Briefkästen benutzen, während das Austragen nach wie vor den damit betrauten Beamten überlassen werden wird.“

Wenn man diese Ausführungen liest, so könnte man annehmen, daß in Berlin jetzt Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist. In Wirklichkeit ist es umgekehrt. Tausende von Arbeitslosen laufen sich die Hacken wund, um Arbeit und dadurch Brot für ihre hungernde Familie zu bekommen. Die Berliner Postbehörde schränkt aber den Verkehr aufs äußerste ein und zieht ihre Beamten in erhöhtem Maße zu Dienstleistungen heran. Wenn der Landsturm einberufen wird, dann sollen bei dem jetzigen Arbeitsmangel Jugendliche in Anspruch genommen werden. Bei dem großen Arbeitsmangel sollte gerade eine Reichsbehörde dazu beitragen, Arbeitslose zu beschäftigen und die Wirkungen des Krieges mildern zu helfen.

### Eine verständige Mahnung des Polizeipräsidenten.

Das Polizeipräsidium teilt mit: „Infolge der Arbeiterentlassungen in großen industriellen und gewerblichen Betrieben sind zahllose Arbeiter, die dem Landsturm angehören, brotlos geworden. Diese versuchen jetzt in großen Scharen durch freiwilligen Eintritt bei einem mobilen Truppenkörper ihrer vaterländischen Pflicht nachzukommen, werden aber, da der Bedarf überall gedeckt ist, fast durchweg zurückgewiesen. Nach den Angaben der Leute ist es für sie eine Unmöglichkeit, im Privatdienst eine Stelle zu finden, da aus ihren Papieren ihre Landsturmpflicht hervorgeht und die Geschäftsleute in der Erwartung baldiger Mobilmachung des Landsturms sich scheuen, solche einzustellen. Durch ein solches Verhalten wird aber die Notlage der Arbeiter noch vergrößert, zumal da auch für ihre Frauen es an Arbeitsgelegenheit fehlt und die Kriegsunterstützung nur an solche Familien ausgezahlt wird, deren Ernährer im Felde stehen.

Die Arbeitgeber werden daher gebeten, alle freien Stellen bei den Arbeitsnachweisen anzumelden und bei Besetzung der Stellen die landsturmpflichtigen Leute nicht etwa hintenan zu setzen. Wenn der Landsturm eingezogen werden sollte, wird eine anderweitige Regelung des Geschäftsverkehrs von selbst eintreten." — Die Mahnung des Polizeipräsidenten ist sehr verständig. Sie bestätigt, was wir kürzlich schon dargelegt haben. Leider ist aber die Arbeitsgelegenheit so eingeschränkt worden, daß baldigst Abhilfe geschaffen werden muß, soll das Elend nicht ungeahnte Dimensionen annehmen.

### Unterstützung kleiner Gewerbetreibender.

Der Vorstand der Schuhmacherinnung hat beschlossen, die Frauen aller selbständigen Schuhmacher, die zu den Fahnen einberufen sind, — auch von Nichtmitgliedern der Innung — dadurch zu unterstützen, daß ihnen Meister zur Seite gestellt werden, die die Fortführung des Geschäftes und die Gewinnung des Lebensunterhaltes ermöglichen sollen.

### Schornsteinfeger gesucht.

Der Zentral-Innungsverband der Schornsteinfegermeister ersucht alle Gesellen, die nicht in fester Arbeit stehen, sowie alle diejenigen, die sich in letzter Zeit einem anderen Berufe zugewandt haben, sich unverzüglich bei ihren Innungs-Obermeistern zu melden.

**In den Staatswerkstätten** sollen nach einzelnen Angaben Arbeitsuchende deshalb nicht eingestellt worden sein, weil sie wahrheitsgemäß angaben, gewerkschaftlich organisiert zu sein. Wir bitten diejenigen, denen dieser Grund angegeben wurde, um Mitteilung ihrer Adressen und um genaue Schilderung des Sachverhalts. Dieselbe Bitte ergeht an die, denen erklärt ist, ihre sozialdemokratische Gesinnung stehe der Einstellung entgegen.

### Kommunale Maßnahmen zur Linderung der Not.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung genehmigte in ihrer außerordentlichen Sitzung vom Mittwoch zunächst die Vorlage des Magistrats, laut welcher zur Durchführung von Maßregeln der Lebensmittelversorgung behufs Steuerung einer Lebensmittelteuerung ein Betrag bis zur Höhe von einer Million als Betriebskapital zur Verfügung gestellt wird. Die gemischte Deputation soll dadurch in die Lage gesetzt werden, Lebensmittel aufzukaufen und deren Abgabe an die vertreibenden Händler unter Festsetzung der Kleinhandelspreise zu vermitteln. — Um den Betrieb des Deutschen Opernhauses aufrecht zu erhalten und etwa 600 Personen vor dem Schicksal der Arbeitslosigkeit zu bewahren, erklärte sich die Versammlung auf Antrag des Magistrats damit einverstanden, daß die Betriebsaktiengesellschaft vom 1. September ab den Pachtzins und die sonst der Stadt zu leistenden Zahlungen für jeden Monat nur insofern und insoweit zu entrichten hat, als sich in dem betreffenden Monat ein bilanzmäßiger Ueberschuß ergeben würde. Es sei hierzu bemerkt, daß das gesamte Personal, damit der Betrieb während des Krieges aufrecht erhalten werden kann, einschließlich des Direktors, sich mit einer Reduzierung ihrer Bezüge von 10 bis 60 Proz. einverstanden erklärt hat. — Auch der Schillertheateraktiengesellschaft wird die Pacht vorläufig gestundet. Ob sie erlassen werden muß, wird sich im Laufe des Septembers zeigen.

Die Diensteinkommen der städtischen Privatdienstverpflichteten und der städtischen Arbeiter während des Krieges wurde wie folgt geregelt: Die zum Kriegsdienst einberufenen oder freiwillig eingetretenen städtischen Privatdienstverpflichteten und Stadtarbeiter erhalten, wenn sie bereits länger als 10 Jahre im städtischen Dienst tätig sind und wenn sie verheiratet sind, 80 Proz. des zuletzt bezogenen gesamten Diensteinkommens. Die übrigen erhalten, wenn sie verheiratet sind, 50 Proz., wenn sie unverheiratet sind, 25 Proz. und außerdem für jedes eheliche oder legitimierte Kind im Alter bis zu 16 Jahren, für Verwandte in aufsteigender Linie, Geschwister und uneheliche Kinder bis zu 16 Jahren, insofern sie vom Eingetretenen unterhalten wurden, je 10 Proz., doch dürfen die gesamten Bezüge 80 Proz. des zuletzt bezogenen Diensteinkommens nicht übersteigen. Die Unterstützungen auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1888 und des bezüglichen Gemeindebeschlusses werden angerechnet. Einer bei Beratung dieser Vorlage gegebenen Anregung des Genossen Hirsch, auch für die Arbeitslosen möglichst bald etwas zu tun und umgehend die zuständige Deputation einzuberufen, wird der Magistrat voraussichtlich Folge leisten.

Endlich beschloß die Versammlung noch, im Krankenhause Westend 880 Betten der Medizinalabteilung des Kriegsministeriums mit der Maßnahme zur Verfügung zu stellen, daß die zurzeit im Krankenhausdienst befindlichen Aerzte, Beamten und Angestellten diesem Dienst nicht entzogen werden dürfen und daß die ärztliche Versorgung und der Wirtschaftsdienst ausschließlich in den Händen der Direktion und der städtischen Behörden verbleiben. Von den städtischen Schwestern werden 20 zum Zwecke der Kriegskrankenpflege ohne Gehalt beurlaubt.

In der nächsten Woche wird sich wiederum eine außerordentliche Sitzung mit weiteren aus Anlaß des Krieges notwendigen Maßnahmen beschäftigen.

•

Die Gemeindevertretung in Treptow-Baumschulenweg setzte die Zuschüsse an die Familien der zu den Waffen einberufenen Gemeindeinsassen auf 100 Prozent der staatlichen Sätze fest. Ein Wohlfahrtsausschuß erhielt Vollmacht, gemeinsam mit dem Gemeindevorstand die erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiete des Sanitäts-, Ernährungs- und Unterstützungswesens zu veranlassen. Auf Wunsch unserer Genossen wurde besonders betont, daß zu den Aufgaben dieses Ausschusses auch die Unterstützung Arbeitsloser gehöre. Für die Erfüllung dieser Aufgaben sowie die Zuschüsse zur Familienunterstützung wurde vorläufig ein Betrag von 50 000 M. zur Verfügung gestellt.

Die laufenden Tiefbauarbeiten der Gemeinde sind wegen augenblicklichen Material- und Arbeitermangels eingestellt und sollen zum Teil wieder fortgeführt werden, wenn diese Schwierigkeiten behoben sind. Unsere Genossen traten dafür ein, daß dies in möglichst weitgehendem Maße geschieht, damit der Arbeitslosigkeit etwas begegnet wird, Arbeitskräfte dafür würden sicher recht bald im Ueberfluß vorhanden sein.

Beschlossen wurde, neben der gesetzlich festgelegten Weiterzahlung des Gehaltes an die eingezogenen Beamten das gleiche auch den auf Privatdienstvertrag Angestellten zu leisten. Die Familien der Arbeiter erhalten das bisherige Einkommen ebenfalls voll weiter, und zwar in der Weise, daß sie die gesetzliche Unterstützung in Anspruch nehmen und den Rest aus der Gemeindekasse beziehen.

•

In der Pankower Gemeindevertretung betonte der Bürgermeister Kuhr, daß neben der Regelung der gemeindlichen Unterstützungsfrage für die Zurückgebliebenen der ins Feld Berufenen und der Fürsorge für die vom Kriegsschauplatz zurückkehrenden Verwundeten vor allem auch für die zahlreichen wirtschaftlichen Opfer des Krieges nach Möglichkeit gesorgt werden müsse. Was die Unterstützung der zurückgebliebenen Frauen und Kinder anlange, so sei von der Verwaltung des Kreises Niederbarnim einheitliches Vorgehen und einheitliche Mittelbeschaffung durch den Kreis beschlossen und die Unterstützungen auf 100 Proz. der gesetzlichen festgesetzt worden. Der erforderliche Aufwand für Pankow werde in der nächsten Zeit vom Gemeindevorstand und der Finanzkommission vorberaten und dann der Vertretung eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden. Auch für Lebensmittelbeschaffung und zur Unterstützung anderer in Not geratener Bürger seien Vorkehrungen zu treffen. Um allen diesen Aufgaben gerecht zu werden, empfehle es sich, neben dem bereits zum Teil aus Bürgerkreisen gebildeten Familienfürsorgeausschuß und dem Soldatenfürsorgeausschuß noch die im Vorjahre von der Vertretung niedergesetzte Kommission zur Beschaffung billigen Fleisches als Lebensmittelkontrollkommission fungieren zu lassen. Als Zentralinstanz für diese drei Körperschaften empfehle er die Wahl einer besonderen Kommission, die sich aus Vertretern der Gemeindevertretung und der drei Körperschaften sowie eines besonderen Vertreters aus der Bürgerschaft zusammensetzt. Die Vertretung stimmte diesen Vorschlägen einstimmig zu, erklärte ihr Einverständnis mit der Ueberlassung einer Baracke für Verwundete an das Rote Kreuz und vollzog die Wahl des Zentralausschusses.

•

Zu den gestern von den Gemeinden Lichtenberg und Friedrichsfelde mitgeteilten Beschlüssen ist noch nachzutragen, daß die Unterstützungen nicht als Armenunterstützungen gelten. Ferner ist der von der Gemeinde Friedrichsfelde bereitgestellte Betrag um eine Null zu kurz gekommen; es muß heißen: 60 000 M.

•

Die Hermsdorfer Gemeindevertretung faßte folgende Beschlüsse:

Den Angehörigen der zum Heeresdienst einberufenen Angestellten wird das volle Gehalt, den Unverheirateten die Hälfte gezahlt. Die Angehörigen der Arbeiter der Gemeinde erhalten neben der Familienunterstützung des Reiches vom Durchschnittslohn 50 Prozent sobald Kinder vorhanden, die kinderlosen Familien 40 Prozent, die unverheirateten Arbeiter 30 Prozent. Den Familien der einberufenen Mannschaften, soweit sie nicht unter den vorstehenden Beschluß fallen, sollen im Falle ihrer Bedürftigkeit Unterstützungen in Höhe bis zu 100 Prozent gewährt werden. Eine aus vier Mitgliedern bestehende Kommission soll über die Höhe des Zuschusses und die Verteilung freiwilliger Gaben entscheiden; außerdem soll die Kommission der Gemeindevertretung Vorschläge machen, über die Einstellung bezw. Nichtausführung von Bauten, die Regelung der Zwangsbeitreibungen, die Beschaffung von Lebensmitteln und Brennmaterialien sowie über die Errichtung eines Arbeitsnachweises für Personen jeden Berufes und Geschlechts.

•

Die Stadtverordnetenversammlung in Potsdam stellte 800 000 M. als Unterstützungssumme bereit. Neben 100 Proz. Zuschlag zu den vom Reiche gewährten Sätzen sollen nach Bedarf Mietsbeihilfen sowie Reisegeldzuschüsse für unbemittelte, zu Erntearbeiten ausrüstende Arbeitslose gewährt werden.

### Zur Fleischversorgung Berlins.

Die Stadt Berlin hat außer 1000 Schweinen auch einige hundert Rinder ankaufen lassen, die auf dem Wasserwege nach Berlin befördert werden und wahrscheinlich morgen oder übermorgen schon hier eintreffen. Sie gelangen, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung" berichtet, auf dem Berliner Viehhof zum Verkauf.

**Aufgefundene Leiche.** Am 12. d. M. vormittags wurde in der Nähe von Saatwinkel aus dem Hohenzollernkanal die Leiche einer unbekannten weiblichen Person gelandet.

Die nach der Leichenhalle in Plötzensee gebrachte Tote ist etwa 20 Jahre alt, mittelgroß, schlank, hat braune Augen, dunkles Haar und ist bekleidet mit rotbraunem Kleid, weißem Gürtel, weißen Unterkleidern, gelblichen Strümpfen, weißen Schuhen und gelbem Topfstrohhut mit roten Rändern.

Es liegt Selbstmord vor. Eine von der Toten hinterlassene Abschiedskarte, überschrieben: „Liebe Schwestern!", in der auch der Name Walter Rusch vorkommt, ist mit „Friedel" unterzeichnet.

Rekognoszenten wollen sich bei der Tegeler Polizei melden.

**Eine Schreckensszene im Wasser, wobei ein Knabe** ertrank und zwei weitere in größter Lebensgefahr schwebten, hat sich Mittwoch auf der Oberspree abgespielt. In der Nähe des Bootshauses des Rudervereins „Vorwärts" bei Oberschöneweide hatten mehrere Schulknaben gebadet. Einer von ihnen, und zwar der 13jährige Walter Diederling aus Berlin, wagte sich zu weit ins Wasser hinaus und stieß plötzlich laute Hilferufe aus. Zwei Schulkameraden wateten sich schnell bis zur Unfallstelle durch, gerieten aber ebenfalls in die Gefahr des Ertrinkens. Ein Polier R. Schulz stürzte sich sofort ins Wasser, um die gefährdeten Knaben zu retten. Es gelang ihm auch, die beiden zuletzt ins Wasser gegangenen Schüler zu fassen und sicher ans Land zu bringen. Dann machte sich Sch. an die Rettung des D. Auch ihn vermochte er zu bergen, doch waren alle Versuche, den Leblosen wieder zum Bewußtsein zu bringen, vergeblich; der Knabe hatte bereits sein Leben ausgehaucht.

**Einen schweren Verlust** hat am Sonnabend ein Arbeiter erlitten, der auf dem Wege von Schöneberg, Mühlenstraße, bis zur Flottwellstraße seine ganze Barschaft in Höhe von 58—60 M. verlor. Der Verlierer bittet den Finder um Abgabe an Becker, Reinickendorfer Str. 44, 4 Treppen.

**Ueber die Schließung** des Kolonialwarengeschäftes von E. Hoffmann, Schöneberg, Kolonnenstr. 4, geht uns vom Firmeninhaber eine Mitteilung zu, in der er betont, daß er am Mittwoch sein Geschäft schließen mußte, weil das unwahre Gerücht verbreitet wurde, zu hohe Preise für Mehl und Salz verlangt zu haben. Am nächsten Tag ist das Geschäft wieder geöffnet worden.

### Spiel und Sport.

Wegen eingeschränkten Raumes fällt diese Rubrik einstweilen aus.

### Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.

Heute Freitag, den 14. August, abends 8½ Uhr, beginnt der Kursus in „Bettkrankenpflege und Wundbehandlung".

Es sind weit über 1000 Anmeldungen erfolgt, vorläufig haben nur Zutritt, die im Besitz von Eintrittskarten sind. Abteilung Norden im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42; Abteilung Zentrum im Restaurant Schulz, Am Königsgraben 2; Abteilung Neukölln im Ideal-Kasino, Weichselstr. 8; Abteilung Charlottenburg im Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Dort haben die Mitglieder und bisherigen Kursusteilnehmer ihre Bibliotheksbücher abzuliefern.

## Parteiveranstaltungen.

**3. Kreis.** Am Sonntag, den 16. August, nachmittags findet in Fritz Willes Naturgarten, Sebastianstr. 39, ein geselliges Beisammensein der Mitglieder statt. Den Frauen steht die Kaffeeküche zur Verfügung. Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vorstand.

**Steglitz-Friedenau.** Sonntag, den 16. August, nachmittags 3½ Uhr, veranstaltet der Bildungs-Jugendausschuß eine Führung im Botanischen Garten. Karten zum Preise von 30 Pf. sind zu haben in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft: Steglitz, Albrechtstraße, Friedenau, Moselstraße, und Südende, Lichterfelder Straße. Jugendliche erhalten dort die Karten unentgeltlich.

**Lichtenberg.** Für die 1. und 12. Abteilung findet heute Freitag, abends 8 Uhr, eine wichtige Flugblattverbreitung statt.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Bernau.** Freitagnachmittag 6 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaale.

**Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.**

# Gerichtszeitung.

### Der übermäßige Alkoholgenuß

hatte wieder einmal die Veranlassung zu einer wüsten Szene gegeben, bei der ein Angetrunkener seinem eigenen Bruder das Auge ausstach. Wegen schwerer Körperverletzung hatten sich der Dreher Michael Lesiewicz und dessen Bruder, der Arbeiter Paul L., vor der 3. Ferienstrafkammer des Landgerichts III zu verantworten.

Eines Abends im Mai d. J. saßen die beiden Angeklagten mit ihrem Bruder Wilhelm in einem Lokal im Norden Berlins. Mehrere „Lagen" Bier und Kognak führten dazu, daß sich alle drei bald in ziemlich stark angetrunkener Verfassung befanden. Ein kleines Scherzwort, welches sonst nicht übel genommen worden wäre, führte zu einem heftigen Wortwechsel, der eine allgemeine Prügelei zur Folge hatte. Michael Lesiewicz griff zum Messer und im nächsten Augenblick sank Wilhelm L. mit lautem Aufschrei zu Boden. Er wurde sofort der Unfallstation vorgeführt, wo festgestellt wurde, daß der Stich das Auge völlig zerstört hatte. — Vor Gericht konnte der Angeklagte Michael L. zu seiner Entschuldigung nur vorbringen, daß der „verd .... Schnaps" daran schuld sei; Paul L. bestritt überhaupt, geschlagen zu haben. Da seine Beteiligung nicht festgestellt werden konnte, wurde er freigesprochen. Mit Rücksicht darauf, daß Wilhelm L., der auch seine Aussage vor Gericht verweigerte, seinem Bruder inzwischen verziehen hatte, lautete das Urteil gegen Michael L. nur auf 6 Monate Gefängnis.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter,** Filiale Baumschulenweg. Den Mitgliedern in Treptow zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 15. August, im Lokal von Wolfram, Elsenstr. 101, Ecke Kiefholzstraße, abends von 8½ bis 10 Uhr, kassiert wird.

## Eingegangene Druckschriften.

**Deutsch-Russ. Kriegsschauplatz** und **Deutsch-Franz. Kriegsschauplatz.** Uebersichtskarten. Einzelkarte 70 Pf. G. Freitag u. Berndt, Wien 7.

**Deutsch-Französisch-Russische Kriegskarte** und **Spezialkarte für den deutsch-französischen Krieg.** Einzelkarte 1 M. C. Flemming, Berlin W 50.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.**

**H. G. 20.** Nein. — **Landsturm 65.** 1. Der Dispens des Justizministers ist ebenfalls erforderlich. 2. Das mit Rechtskraftattest versehene Scheidungsurteil sowie den Dispens. 3. Auch das ist zulässig. Es wäre möglich, daß der Dispens sofort zu erlangen ist. — **T. G.** Das ist zweifelhaft. Versuchen Sie es. — **F. F. 1000.** Unseres Erachtens besteht die Lösungsmöglichkeit. Dem Vermieter muß Mitteilung gemacht werden. — **A. S. 21.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Als Eigentum der Frau. 4. und 5. Die Frau müßte unter Glaubhaftmachung ihres Eigentumsrechtes intervenieren, falls Pfändung erfolgt. — **M. 300.** Unseres Erachtens können Sie räumen. — **R. K. 2614.** Ohne Einsichtnahme ist das Schreiben der Gesellschaft nicht zu beantworten. — **F. M. 33.** Ja. — **B. B. R. 31.** Für einen solchen Fall können Sie nur die Prämienreserve gezahlt verlangen. — **H. H. 61.** Erteilen Sie Ihrer Frau beglaubigte Vollmacht. Außerdem errichten Sie ein Testament. Dieses können Sie durch eigenhändige mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehene Niederschrift kostenlos errichten. — **B. S. 24.** 1. Leider nicht. 2. Fragen Sie beim Metallarbeiterverband an. 3. Wenden Sie sich am besten an den Radfahrerbund, Karras, Schönleinstr. 11. — **P. S. 75.** Die Sache ist zweifelhaft. Versuchen Sie es mit einer Klage. — **P. S. 6.** 1. Das haben Sie erst nötig, wenn der Landsturm aufgeboten wird. 2. Wird auch im „Vorwärts" veröffentlicht. 3. Das wäre möglich gewesen.

**Amtlicher Marktbericht** der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Donnerstag, d. 13. August. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg Mark: Ochsenfleisch Ia 81—90, do. IIa 77—80, do. IIIa 65—76; Bullenfleisch Ia 80—90, do. IIa 73—79; Kühe, fett 57—70, do. mager 47—57, Fresser 75—78, Kalbfleisch: Doppellender 115—140; Mastkälber Ia 110—120, do. IIa 88—100; Kälber ger. gen. 60—75. Hammelfleisch: Mastlämmer 105—120; Hammel Ia 96—104, do. IIa 85—94; Schafe 90—102. Schweinefleisch 70—76. — Gemüse, inländisches: Kartoffeln, weiße Magdeburger 50 kg 3,50—4,50, blaue Magdeburger 3,50—4,50, weiße Kaiserkronen 3,50—4,50; Porree Schock 0,60—1,10; Spinat 50 Kilogramm 10,00—15,00; Schoten 10,00—15,00; Mohrrüben 50 Kilogramm 2,50—3,50; Bohnen 50 Kilogramm 6,00—10,00; Wachsbohnen 50 kg 10,00—15,00; Kohlrabi Schock 0,60—1,00; Wirsingkohl Schock 3,00—6,00; Weißkohl Schock 3,00—6,00, Rotkohl, Schock 3,50—8,00; Kohlrüben Schock 3—5; Meerrettich Schock 15,00—20,00, do. 50 kg 30,00; Peterseliemwurzel Schockbund 1,00—3,00; Radieschen Schockbund 0,70—1,00; Salat Schock 2,00 bis 3,00; Zwiebeln, 50 kg 11,00—12,00; Tomaten 50 kg 30,00—35,00; Pfefferlinge 50 kg 20,00—30,00; Steinpilze 50 kg 15,00—25,00; Puffbohnen 50 kg 5,00—8,00. Gurken Schock 3,00—6,50. Senfgurken Schock 20,00 M.

**Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag:** Im östlichen Küstengebiete langsame Zunahme der Bewölkung. In den übrigen Gebieten überwiegend heiter und trocken. Keine wesentlichen Temperaturänderungen.